Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 117. Donnerstag, den 22. Mai 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Volk in Waffen.

Die stehenden Heere haben, wie Moltke seinerzeit ausdrücklich erklärt hat, in erster Linie den Zweck, die „Begehrlichkeit“ der Völker zu zügeln, das heißt der Klassenherrschaft als Schutzwehr zu dienen; zugleich ermöglichen sie die Versorgung der Söhne der begüterten Klassen in wohldotierten Stellungen. Eigentlich sollten sie nur der Landesverteidigung dienen; sie sind aber auch das Mittel, mit dem die herrschenden Klassen ihre Eroberungspläne verwirklichen. Militarismus und Kapitalismus sind enge verwandt, was in unserer imperialistischen Periode noch besonders hervortritt.

Das Wettrüstungsfieber, die unvermeidliche und unheimliche Erscheinung dieser Periode, hat bei den Völkern Bedenken, Widerwillen und schließlich tiefe Beunruhigung erregt; die kostspieligen Rüstungen haben ihnen Lasten auferlegt, die ihnen unerträglich geworden sind. Um diese Empfindungen, die dem Militarismus sehr gefährlich werden, zu dämpfen und zu besänftigen, sucht man bei uns dem Volke einzureden, das Heer sei „das Volk in Waffen“. Tausend geschäftige Federn suchen dafür alle möglichen und unmöglichen Gründe beizubringen. Besonders anläßlich der jetzigen Heeresvermehrung wird die Phrase vom „Volk in Waffen“ unablässig wiederholt, und es mag auch noch naive Leute geben, welche diese grobe Lüge glauben. Aber das „Volk in Waffen“ ist, wenn man diesen Begriff ernst nehmen will, soviel wie die von der Sozialdemokratie geforderte Volkswehr.

Alle Anträge der Sozialdemokratie im Reichstage, das stehende Heer durch eine Volkswehr zu ersetzen, sind unter dem Hohn der bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Das allein würde schon beweisen, daß wir kein „Volk in Waffen“ haben. Im übrigen glauben das die herrschenden Klassen selbst nicht. Wir können zum Beweise dessen einen Ausspruch heranziehen, den ihre größte militärische Autorität, der Marschall Moltke, im Jahre 1874 getan hat. Damals wurde ein neues Reichsmilitärgesetz beraten, und als in der Kommission vom „Volk in Waffen“ gesprochen wurde, meinte Moltke: „Wenn man sagt „Volk in Waffen“, so kann man auch gleich sagen: Spitzbuben in Waffen!“ Aus diesem Ausspruch, der ein unliebsames Aufsehen machte, sprach der ganze Hochmut des junkerlichen Zunftmilitärs, der alles glühend haßt, was nur entfernt einer Volkswehr ähnlich sieht. Dieser Haß richtet sich namentlich gegen die revolutionären Erinnerungen, die mit den Begriffen Volksbewaffnung und Volkswehr zusammenhängen. Die Herren Junker denken dabei an das Massenaufgebot der Franzosen von 1793, an die vierzehn Heere, welche Carnot organisierte und von denen die „verschworenen Könige“ geschlagen wurden. Auch die preußischen Landwehren von 1813 waren eine Volksbewaffnung, die große Erfolge erzielte und die von den zünftigen Junkeroffizieren gehaßt wurde. Noch heute ist man bemüht, ihre Verdienste herabzusetzen. 1848 und 1849 sah man in Ungarn eine großartige Volksbewaffnung, die Honveds, und auch im dritten badischen Aufstande gab es Volkswehren, die sich vortrefflich schlugen. Hierher gehören auch die Milizen, mit denen der große nordamerikanische Bürgerkrieg durchgekämpft wurde, der zur Abschaffung der Negersklaverei führte.

Gegenüber allen diesen Heeresformationen ist die deutsche Reichsarmee der moderne Militarismus in seiner höchstentwickelten Form. Sie ist kein volkstümliches Institut, sondern gänzlich vom Volke losgelöst und wie durch eine chinesische Mauer von ihm getrennt.

Der Militarismus ist nicht, wie schon oft behauptet wurde, nur ein Schlagwort. Man versteht darunter das herrschende militärische System mit seinen Vorrechten und mit seinem eigenartigen, durchweg reaktionären Geiste, der so oft dem vorwärtsstrebenden Teil des Volkes als eine feindliche Macht gegenübertritt. Sehr häufig wirkt die mit diesem Geiste verbundene Ueberhebung äußerst verletzend auf die übrigen Volksschichten. Diese Ueberhebung, die sich nach den Kriegen sehr gesteigert, hat zum guten Teil ihren Ursprung in der von Fürsten und hohen Militärs so oft geäußerten Anschauung, daß die Armee die wichtigste Institution im Staate sei. Das ist sie sicherlich im Kriegsfalle. Aber der Kriegsfall ist doch nur ein Ausnahmezustand. Die Armee kann den Bestand eines Gemeinwesens wohl gegen einen feindlichen Angriff garantieren, aber diese Garantie ist keine sichere, weil der Ausgang eines Krieges meist ungewiß ist. Bevor ein Gemeinwesen eine Armee bilden und unterhalten kann, muß doch erst sein eigener Bestand gewährleistet sein, und das kann nur durch die Arbeit des Gedankens und der Hände geschehen, welche täglich die zum Bestande des Gemeinwesens notwendigen Werte schafft. Die Arbeit ist der wichtigste Faktor in einem modernen Gemeinwesen. Demgegenüber bildet das Militärsystem einen unproduktiven Faktor.

Obwohl die deutsche Armee aus allen Schichten und Klassen des Volkes zusammengesetzt ist, so gibt es doch kein Land in der ganzen Welt, in dem sich Militärwesen und Volkstum so schroff gegenüberstehen, wie bei uns. Zum guten Teil mag dies daher kommen, daß das Junkertum in der Armee einen so überwiegenden Einfluß ausübt.

Der Einfluß der Vorrechte des Militärs geht weit über dessen eigentlichen Bereich hinaus tief in das bürgerliche Leben hinein und wird zudem gefördert von den vielen pensionierten und verabschiedeten Offizieren, von den Reserveleutnants, den Kriegervereinen usw.

Das Militärwesen bildet heute einen Staat im Staate mit besonderen Gesetzen, besonderen Sitten und besonderen Gewohnheiten. Das hätte alles nicht so werden können, wenn nicht das Bürgertum mit dem militärischen Wesen einen förmlichen Kultus getrieben. Vor dem Kriege von 1870 war der Zwiespalt zwischen Militär und „Zivil“ anderer Art; das Militär war unbeliebt wegen seiner Rolle im Jahre 1848. Nach 1870 trieb das Bürgertum mit dem Militarismus einen förmlichen Götzendienst.

Die Sozialdemokratie wurde, nachdem die alte Demokratie bis auf kleine Reste untergegangen war, die naturgemäße Gegnerin des Militarismus. Gegen den lächerlichen Vorwurf, sie wolle Deutschland wehrlos machen, weil sie gegen das Rüstungsfieber mit allem seinem Unheil ankämpft, braucht sie sich nicht erst zu verteidigen. Sie will das ganze Volk wehrhaft machen, aber ohne den abgeschlossenen und schädlichen Drill des Kasernenlebens, der vielfach nur als Paradedressur gelten kann. Sie will, daß dem Jugendunterricht militärische Uebungen angeschlossen werden, so daß für die eigentliche militärische Schulung nur ganz kurze Zeit erfordert wird und die wehrhaften Elemente der Bevölkerung nicht auf lange Zeit aus dem Erwerbsleben und aus dem Volke überhaupt herausgerissen werden. Damit wäre auch dem militärischen Kastengeist der Raum entzogen, auf dem er sich bisher so üppig ausbreiten konnte.

Ein solches Heer wäre dann ein „Volk in Waffen“ in Wirklichkeit oder eine Volkswehr, die wohl, zahlreicher als die heutige Armee, vortrefflich zur Verteidigung der Heimat und eventuell auch der Rechte des Volkes zu gebrauchen, aber für Eroberungskriege nicht zu verwenden wäre. Ein solches Heer würde aber als wirkliches Volksheer auch nicht die Stütze für den Kapitalismus bilden, als welche das heutige Heer erscheint. Darum ist die republikanische Bourgeoisie Frankreichs nicht weniger bemüht, den Militarismus zu fördern, als die feudale Junkerkaste in Deutschland. Jene Bourgeoisie möchte sogar die Republik Frankreich zum ersten Militärstaat Europas machen.

In der Proklamation des Königs von Preußen 1870 hieß es, das deutsche und französische Volk seien berufen, „die Werke der Zivilisation und des menschlichen Fortschrittes in friedlichem Wettstreit zu fördern“.

Wenn in beiden Ländern eine Volkswehr bestände, so könnte die Zukunft diesen Gang ihrer Entwicklung nehmen. Durch die gewaltsame Annexion von Elsaß-Lothringen hat man aber dies für lange Zeit verhindert, und nun stehen sich beide Mächte bis an die Zähne bewaffnet gegenüber, jederzeit bereit, übereinander herzufallen.

Unter dem Druck des Militarismus ist eine gedeihliche Kulturentwicklung unmöglich.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kuhhandel beginnt!

Die Regierung ist in großer Sorge darüber, ob die Heeresvermehrung vom Reichstage so frühzeitig beschlossen werden wird, daß alle Vorbereitungen noch rechtzeitig getroffen werden können, um die Beschlüsse zum 1. Oktober durchzuführen, sowohl was die Vermehrung des Mannschaftsbestandes als die Neubildung von Truppenkörpern betrifft. Zentrum und Konservative forderten, daß in der Kommission der ersten Lesung der Heeresvorlage eine erste Lesung über die Deckungsgesetze zu folgen habe, entsprechend den Erklärungen der Redner des Zentrums und der Konservativen, wonach Heeres- und Deckungs-Vorlagen mit ein und derselben Mehrheit zu beschließen seien. Die Schwarzen und die Blauen fürchten, daß nach der Verabschiedung der Heeresvorlage eine Mehrheit der Linken Steuern beschließen könnte, die ihnen nicht passen. Natürlich würde die Beratung und die Beschlußfassung über die Deckung geraume Zeit in Anspruch nehmen. Bei den Liberalen besteht deshalb das Bestreben, eine Vertagung des Reichstages herbeizuführen, wenn die Heeresvorlage und der einmalige Wehrbeitrag angenommen worden sind. Schon vorige Woche wurde gemeldet, daß mit bürgerlichen Parteiführern Verhandlungen eingeleitet worden sind, um eine Verständigung über die Behandlung der Regierungsvorlage herbeizuführen. Die Besprechungen waren nur unverbindlicher Natur. Am Dienstag lief aber in der Budgetkommission der „junge Mann“ des Kanzlers, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, geschäftig von einem Abgeordneten zum andern, und weil er dabei zu keinem Resultat kommen konnte, hat dann Herr Spahn die Leitung der Verständigungsaktion in die Hand genommen, in der natürlich Fortschrittler und Nationalliberale übertölpelt werden sollen. Für Dienstag abend hat er alle bürgerlichen Kommissionsmitglieder zu einer Besprechung eingeladen, der auch Folge geleistet worden ist. Mit den Pflichten der Unparteilichkeit eines Kommissionsvorsitzenden ist Spahns Verhalten schlecht in Übereinstimmung zu bringen. Die Fortschrittler und Nationalliberalen wollten angeblich bei der Zusammenkunft nur Erklärungen abgeben, daß sie fest bleiben.

Zentrum und Militärvorlage.

Die Anträge, die in der Budgetkommission des Reichstags zur Militärvorlage gestellt wurden, sind bereits zu einem stattlichen Heft geworden. Die Anträge der Sozialdemokraten sind grundsätzlicher Natur; sie wollen mit dem ganzen heutigen System brechen; die Anträge des Zentrums dagegen lassen dieses System unberührt, sie richten sich mehr auf Einzelheiten. Soweit damit wenigstens eine Ersparnis erzielt werden kann, finden diese Anträge natürlich die Unterstützung der Sozialdemokraten. Das Zentrum will gestrichen haben: 5 Intendanturräte, 2 Intendantur-Assessoren, 8 Kriegsgerichtsräte, 14 Militärgerichtsschreiber. Erst in jüngster Zeit ist wieder konstatiert worden, daß die Militärgerichte zu zahlreich sind, um voll beschäftigt zu werden, und daraus rechtfertigt sich vollkommen die beantragte Streichung. Von den 1538 Leutnants, die mehr gefordert werden, beantragt das Zentrum, 1008 zu streichen. Es sind das die überzähligen Leutnants, die bereits im Frieden eingestellt werden, um für den Mobilmachungsfall aktive Offiziere für die Reserveformationen zu haben. Verschiedene Bezirkskommandos sollen statt wie jetzt mit Majors künftig mit Regimentskommandeuren besetzt werden, und ein weiterer Antrag verlangt, die Ablehnung dieser völlig unbegründeten Forderung. Man wird sich aber nicht im Zweifel darüber sein dürfen, daß der finanzielle Effekt bei der Höhe der Kosten der neuen Militär-Vorlage ein derart minimaler sein muß, daß er für die Steuerzahler um so weniger ins Gewicht fallen kann, als erfahrungsgemäß solche abgelehnten Forderungen von der Regierung im darauffolgenden Jahre neu erhoben und dann schließlich vom Reichstag bewilligt werden.

Ein staatliches Wirtschaftsunternehmen.

Das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten bereitet eine großzügige Ausnutzung der Kraftquelle vor, die die Edertalsperre — das größte Staubecken Europas — bieten wird. An die Bezirks- und Landesverwaltungen der umliegenden Gebiete (Westfalen, Hannover, Hessen, Lippe usw.) sind Anfragen wegen der Abnahme von elektrischem Strom gerichtet worden, die beweisen, daß beabsichtigt ist, dies ganze Gebiet mit billigem Strom zu versorgen. So soll z. B. der Strom bei der Abnahme an der Grenze von Lippe 4 oder 5 Pfg. für die Kilowattstunde kosten.

Gegen preußische Kulturarbeit in diesem Sinne wird gewiß niemand etwas einzuwenden haben.

Zentrum und römische Weisungen.

Der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums, Dr. Porsch, hat in einer Zentrumsversammlung in Glatz am 13. Mai sehr energisch die Behauptung zurückgewiesen, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei sei und seine politische Tätigkeit nach Weisungen aus Rom einzurichten habe. Die bekannte „Kölner Korrespondenz“ dient nun demgegenüber dem Zentrumspolitiker Dr. Porsch mit Tatsachen:

„Herr Dr. Porsch behauptete auf der Glatzer Zentrumswahlversammlung am 13. Mai, das Zentrum habe niemals Weisungen aus Rom erhalten. Diese Behauptung ist falsch. Die Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages erhielt Weisungen sehr politischer Natur, die die Fraktion sehr gegen ihren Willen dadurch befolgte, daß sie sich der Abstimmung enthielt und so der Regierungsvorlage dem Wunsche des Papstes gemäß zum Siege verhalf. Damals bat die Fraktion den Papst sogar um Weisungen darüber, ob er

die Weiterexistenz des Zentrums im Reichstage wünsche; sie machte also sogar ihre Existenz von päpstlichen Weisungen abhängig! Auch in den Verhandlungen über die Beilegung des Kulturkampfes erhielt das Zentrum Weisungen aus Rom, ja noch mehr: es hat darum, wie die in den Laacher Stimmen veröffentlichten Windthorstbriefe mit Evidenz dartun. Auch sonst haben Beziehungen zwischen Zentrumsführern und kirchlichen Autoritäten bestanden und zwar bis in die jüngste Zeit. Man möge diese Tatsachen doch nicht ableugnen, dann ist es auch nicht nötig, sie im Interesse der geschichtlichen Wahrheit zu betonen.

Daß der Einklang der Zentrumspolitik mit den katholischen Grundsätzen keine beständige Fühlungnahme mit Rom erheischt, versteht sich am Rande. . . . Stellt sich aber einmal eine Schwierigkeit ein, dann wenden sich katholische Vereinigungen wie einzelne Katholiken an die kirchlichen Autoritäten um Weisungen. Das hat denn auch das Zentrum redlich getan. Windthorst besuchte jedes Jahr eine Reihe Bischöfe und besprach mit ihnen die religiös-politischen Fragen, wobei natürlich rein politische Dinge nicht vermieden wurden. Und über Beziehungen, die auch heute noch zwischen dem Zentrum und autoritativen kirchlichen Kreisen bestehen, dürften Herrn Geheimrat Dr. Porsch ebenso viele Einzelheiten bekannt sein wie uns."

Drohung mit der Reichstagsauflösung.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Kriegsminister und den Sozialdemokraten, welche beantragt hatten, die Garde- und Elitetruppen aufzuheben. Der Kriegsminister protestierte gegen die Stellung des Antrages, der einen Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers darstelle, mithin gar nicht verfassungsmäßig zulässig sei; von Heeringen drohte auch mit den „Konsequenzen" wenn dieser Antrag angenommen würde. Die ganze Vorlage sei für die Regierung dann unannehmbar. Von freisinniger und sozialdemokratischer Seite wurde dem Kriegsminister gesagt, daß die Regierung mit einer Auflösung des Reichstages wegen der „Gardefrage" schlechte Geschäfte machen werde; es verdiene festgehalten zu werden, daß der Reichskanzler die ganze Vorlage lieber preisgeben wolle als die Garden. Das Zentrum schloß sich den staatsrechtlichen Bedenken des Kriegsministers an. — Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich abgelehnt. Ausführlicher Bericht folgt.

Die Reichsvermögenssteuer als Kompromißprodukt.

Eine mitunter offiziös bediente Korrespondenz kann mitteilen, daß die Abgeordneten Bassermann und Erzberger eine Konferenz mit dem Reichskanzler gehabt haben, in welcher dem Kanzler erklärt wurde, daß eine sichere Mehrheit im Reichstage für eine Reichsvermögenssteuer vorhanden sei. Der Reichstag soll dann nach Erledigung der Wehrvorlage nun doch den Wehrbeitrag erledigen und dann Mitte Juni auf den Herbst vertagt werden.

Fahneneid und Wahlfreiheit.

Es scheint immer mehr in Uebung zu kommen, bei Wahlen den Fahneneid zu agitatorischen Zwecken zu benützen. Bisher haben immer die Kriegervereine mit dem Hinweis auf den geleisteten Fahneneid ihren Mitgliedern verboten, einer Partei die Stimme zu geben, die gerade mit zu den Reichsfeinden gerechnet worden ist. Unter diesem Treiben haben nicht nur Polen, Welfen und Dänen, sondern auch die Fortschrittler und nicht zum mindesten auch bereits das Zentrum zu leiden gehabt. Den Vogel abgeschossen hat aber zweifellos bei den diesmaligen Landtagswahlen der Geheime Regierungsrat Major der Reserve a. D. Grützner in Breslau, der im Namen des Wahlausschusses der rechtsstehenden Parteien, nämlich der Konservativen, der Freikonservativen und des Zentrums, an die Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffiziere ein Schreiben gerichtet hat, das als ein neuer Beweis dafür gelten kann, wie man den Fahneneid zur Unterdrückung der Wahlfreiheit benutzt.

Das Schreiben weist zunächst darauf hin, daß der Fahneneid auch verbindlich ist für das bürgerliche Leben, und daß deshalb die Wähler, die gedient haben, nur solche Parteien unterstützen dürfen, die staatserhaltend und national unbedingt zuverlässig sind. Bei dieser Sachlage scheidet von vornherein die Sozialdemokratie aus. Aber auch die Fortschrittler könnten nicht in Frage kommen, weil sie bei den letzten Reichstagswahlen mit der Sozialdemokratie ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen haben. Bei den Nationalliberalen sei zu bedenken, daß ihr Ideal der Großblock von Bassermann bis Bebel ist. Ihre Unterstützung der Sozialdemokratie bei der Präsidentenwahl im Reichstag sei mit dem nationalen Empfinden und der Pflichtauffassung eines Offiziers unvereinbar. Das Schreiben schließt dann:

„Von den in Breslau aufgestellten liberalen Kandidaten war der eine, Tischlermeister Koniczny, lange Zeit Mitglied und Agitator des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes. Unbedingt zuverlässig in nationaler Beziehung und frei von jeder sozialdemokratischen Gemeinschaft haben sich bis die konservativen Parteien bewährt. Sie und die hier in Breslau mit ihnen verbündete Zentrumspartei treten mit aller Entschiedenheit ein für ein starkes Königtum und die Kräftigung aller Staatsautorität — die Fundamente unseres blühenden Staatswesens."

Unverfrorener ist der Mißbrauch mit dem Fahneneid noch niemals getrieben worden als gerade in diesem Falle, und man wird freisinnigen Blättern glauben dürfen, wenn sie versichern, daß ein hoher Grad von Entrüstung in den Kreisen der Reserveoffiziere, die hier kommandiert wurden, den Schwarz-Blauen Schleppenträgerdienste zu leisten, Platz gegriffen hat.

Herabsetzung der Altersgrenze.

Wie die „Berliner Volkszeitung" erfährt, ist im Reichsamt des Innern eine Vorlage bereits ausgearbeitet, durch welche die Herabsetzung der Altersgrenze für die Erreichung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre verfügt wird. Diese Vorlage hat jedoch im Reichstag bisher nicht eingebracht werden können, und kann auch einstweilen nicht eingebracht werden, weil man noch nicht weiß, woher man das Geld für die Durchführung nehmen soll. Zuerst sollten die Mittel gewonnen werden durch die Leuchtölvorlage; da deren Verabschiedung jedoch in der nächsten Zeit nicht zu erwarten ist, und andere Quellen nicht gefunden werden können, ist diese Verzögerung zu einer Notwendigkeit geworden.

Wenn es sich um Militärforderung handelt, dann ist man nicht so verlegen um eine Quelle, aus der man schöpfen kann. Dort handelt es sich um Milliarden, hier aber würde man schon mit einem Aufwand von etwa 12 Millionen Mark auskommen können.

Im Wahlkreise Waldeck-Pyrmont

wollen die Nationalliberalen bei der bevorstehenden Reichstagsnachwahl gleich im ersten Wahlgang den Kandidaten Vietmeyer unterstützen. Die Wahl des der Wirtschaftlichen Vereinigung angehörenden Vietmeyer wurde vom Reichstag kassiert; er ist nun wieder von den Konservativen, Deutsch-Sozialen und vom Bund der Landwirte aufgestellt. Die Nationalliberalen werden ihm ihre 2000 Stimmen gleich im ersten Wahlgang zuführen, sodaß es vielleicht gar nicht erst zur Stichwahl zwischen Vietmeyer und dem Kandidaten des Fortschritts, Pfarrer Naumann, kommt. — Das nationalliberal-fortschrittliche Bündnis ist den Nationalliberalen anscheinend schon wieder leid.

Sommertagung des preußischen Landtags.

Das preußische Abgeordnetenhaus wird noch in der ersten Hälfte des Monats Juni zu einer Session, die auf drei Tage berechnet wird, zusammentreten, um das Präsidium zu wählen, das den Landtag bei der Feier des Regierungsjubiläums des Kaisers vertreten soll.

Nationalliberale Stichwahlparole.

Die nationalliberale Parteileitung gibt für die bevorstehenden Abgeordnetenwahlen zum preußischen Landtag die Parole aus, daß auf keinen Fall die Sozialdemokratie unterstützt werden dürfe.

Zur preußischen Landtagswahl.

Das Ergebnis in Elmshorn wird von den Fortschrittlern noch immer angezweifelt. Das Landratsamt hat festgestellt, daß für Graf v. Moltke (freik.) 207, für Fegter (Vpt.) 121 und für v. Elm (Soz.) 122 Wahlmänner gewählt seien. Die fortschrittliche Elmshorner Zeitung ist nun mit der Ausschaltung der Fortschrittler aus der Stichwahl gar nicht zufrieden, sie schreibt:

„Nach unseren Feststellungen hat unser Kandidat Abg. Fegter 122, eventuell noch einen bis zwei Wahlmänner mehr erhalten, während für den sozialdemokratischen Kandidaten v. Elm 121 gezählt werden." — Die Abgeordnetenwahl wird schon die Klarheit bringen, die Hauptsache ist, daß dann die Fortschrittler nicht versagen.

In Bielefeld stellt sich nach den Stichwahlen das Resultat wie folgt: Sozialdemokraten 335, Fortschritt 114, Nationalliberale 290, Christlich-Soziale 101, Konservative 330 Wahlmänner. Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen.

Im Wahlkreise Potsdam wird zwischen dem freikonservativen Major v. Stössel und dem nationalliberalen Prof. Leidig Stichwahl stattfinden. Leidig erhielt 93 Wahlmänner, v. Stössel 73 und der Deutschkonservative Pauli 53 Wahlmänner.

In Brandenburg-Westhavelland kommt die Sozialdemokratie hart an die Stichwahl; es wurden gewählt: 179 Sozialdemokraten, 181 Fortschrittler, 45 Nationalliberale, 365 Konservative. Vier Wahlmänner sind noch in der Stichwahl zu wählen.

Die „Essener Volkszeitung" (Zentrumsorgan) gibt in ihrer Mittwochnummer ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die nationalliberale Partei bei der Landtagswahl die Hoffnungen der Schwarzen im Industrieggebiet getäuscht habe. Mit Bezug auf den Stadtkreis Essen sagt sie, die Nationallibralen kennten keine persönlichen Rücksichten, noch weniger zeigten sie das geringste Verständnis für die hervorragenden parlamentarischen Verdienste des bisherigen Vertreters Dr. Beil. Nur so sei es zu verstehen, daß sie diesem auch um die wirtschaftlichen Interessen des Industriegebietes wie der Stadt Essen hoch verdienten Mann einen Kandidaten gegenübergestellt hätten, der ein scharfer Kulturkämpfer sei und obendrein dem wirtschaftlichen Leben ganz fremd gegenüberstehe. Die fehlenden 79 Wahlmänner hofft das Zentrum bei den 318 Stichwahlen im Stadtkreise Essen bestimmt zu holen.

Die Fortschrittler gaben die Wahlparole aus:

„Wo die Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei ausgefallen sind, gilt es, zu verhindern, daß die Reaktion bei den Abgeordnetenwahlen den schließlichen Erfolg davonträgt. Danach sollten unsere Freunde überall handeln, wo die Wahl schwarz-blauer Kandidaten in Frage kommt.

Der Kampf gegen die Diktatur.

Im elsaß-lothringischen Landtag wird am heutigen Donnerstag die Regierung Rede und Antwort stehen müssen, was sie veranlaßt hat, Schritte für Einführung der Diktaturparagraphen zu unternehmen. Die gesamte elsaß-lothringische Presse mit Ausnahme von zwei oder drei Zeitungen, die von der Regierung mit Druckaufträgen versehen werden, verurteilt die neuesten Maßnahmen der Regierung sehr scharf. So schreibt der Abg. Pfarrer Delsor: „Nur das eine muß gesagt sein, daß die Forderung eher auf junkerliche Reitstiefel, Pickelhauben, alldeutschen Fanatismus und rüdes Kosakentum hindeutet als auf weitblickende staatsmännische Klugheit." Auch die Fortschrittler wenden sich gegen die Verschärfung des Preßgesetzes und des Vereinsgesetzes und betonen, daß das elsaß-lothringische Volk mit den französischen nationalistischen Strömungen im Lande schon allein fertig wird. Recht auffällig rückt der lothringische Flügel der Fortschrittler, der der Regierung sonst immer Beistand leistete, der Regierung zuleibe. So schreibt das lothringische fortschrittliche Organ: „Unsere Regierung ist an dem Ausnahmegesetz nicht minder schuld als die nationalistischen Hetzapostel Wetterlé und Konsorten, denn sie züchtet ja diese Elemente selbst. Was soll denn das Volk von einer Regierung halten, wenn solche Leute zu parlamentarischen Diners geladen werden . . . . Das Volk verliert alles Zutrauen und wird durch diese Hintertreppenpolitik in Grund und Boden verdorben." Nachdem die Regierung so von allen ihren Getreuen verlassen wird, kann man auf die Begründung ihrer Maßnahmen gespannt sein. Im Lande werden bereits Protestaktionen in die Wege geleitet. So wird gegen die Wiedereinführung der Diktatur die werktätige Bevölkerung Mülhausens in den nächsten Tagen eine große Kundgebung veranstalten.

Dänemark.

Ein großer Erfolg. Bei den Wahlen zum Folketing wurden gewählt: 43 Linke, **32 Sozialdemokraten**, 31 Radikale und 7 Rechte. Das vorige Folketing setzte sich folgendermaßen zusammen: 56 Linke, 24 Sozialdemokraten, 20 Radikale, 13 Rechte und 1 Wilder. Ein Wahlergebnis von den Farör-Inseln steht noch aus. Dieser Wahlausfall bedeutet eine Niederlage der aus der Linken bestehenden Regierung, die nun jedenfalls abdanken wird. Es wird nun wohl ein radikales, auf unsere Genossen sich stützendes Ministerium gebildet worden.

Frankreich.

Immer neue Soldaten„meutereien". Die französische Regierung hat sich mit ihrer Absicht zwecks schnellster Durchführung der dreijährigen Dienstzeit den Jahrgang 1911 unter den Fahnen zu behalten, böse in die Nesseln gesetzt. Die Demonstrationen und Meutereien der Soldaten, die in diesem Jahre ihre Entlassung erwarteten und nun noch ein Jahr länger in der Kaserne bleiben sollen, mehren sich mit unheimlicher Geschwindigkeit und sind bereits zu einer Gefahr für die gegenwärtige Regierung geworden. Die bei Ausbruch der Bewegung geübte Vertuschungs- und Beschönigungstaktik hat schnell versagt, und die Regierung versucht es jetzt, durch Androhung der schwersten Strafen der einen revolutionären Charakter annehmenden Demonstrationen Herr zu werden. Ob ihr das gelingen wird, muß sich erst zeigen.

In Paris veranstalteten mehrere Kompagnien verschiedener Regimenter unter dem Gesang der Internationale Kundgebungen gegen die dreijährige Dienstzeit, desgleichen in Macon und Nancy. Die „Meuterer" sollen in Strafkompagnien und teilweise in die afrikanischen Bataillone gesteckt werden. Das wird natürlich der Anlaß zu erneuten Soldatendemonstrationen werden.

In der „Humanite" gibt Genosse Jaures auf den Lärm der bürgerlichen Presse und die Beschuldigung, daß die Soldatendemonstrationen von Sozialisten angestiftet worden seien, folgende Antwort: Die Wahrheit ist, daß seit der Ankündigung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit die Erregung in den Kasernen groß war. Die Wahrheit ist, daß diese Erregung durch die Abstimmung über die Zurückhaltung der Reservisten gesteigert und entflammt worden ist. Das ist eine Bewegung, die durch brutale Unterdrückung in die Herzen zurückgedrängt, aber nicht erstickt werden kann. Die Verantwortlichen, die Schuldigen sind die Politiker der Reaktion und des Abenteuers, die geglaubt haben, daß man mit einem Signal das Land zur dreijährigen Dienstzeit zurückführen könne und die ohne Überlegung, ohne Studium, ohne Gewissen ein Gesetz improvisiert haben, von dem alle Soldaten und die besten Offiziere wissen, daß es unnütz und gefährlich ist. Nicht ungestraft tut man der Natur der Sache Zwang an, nicht unbestraft enttäuscht man die berechtigten Erwartungen dieser Soldaten, die willigen Herzens zwei Jahre ihres Lebens dem Vaterlande gegeben haben, die aber an die nahen Stunden dachten, wo sie ihre Existenz der Arbeit wieder beginnen, oder ihrer armen, alten Mutter, die auf sie rechnet, das Brot verdienen könnten. Sie wissen, daß der Minister, der ihnen keck dieses unnütze und grausame Opfer auferlegt hat, derselbe ist, der die Armee und die Finanzen durch seine verhängnisvollen Operationen in Marokko desorganisiert hat. Sie wissen, daß man sie zurückhalten will, um die Lücken auszufüllen, die er gerissen hat und die er noch erweitern will. Das sind die tiefsten Ursachen der Unzufriedenheit, die sich in Toul gezeigt hat. Das sind die Ursachen der Erregung, die sich überall der Soldaten bemächtigt hat. Das ist das Werk der moralischen Desorganisation und der nationalen Schwächung, die die Reaktionäre betreiben, die angeblichen Patrioten, die die schlimmsten Feinde des Vaterlandes sind.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 22. Mai.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

b. **Gewerbegericht** am 21. Mai. In ein Schachergeschäft lief die Klage des Arbeiters St. aus, der bei dem Fuhrhalter W. vier Wochen als Kutscher tätig war und jetzt 26 Mk. wegen kündigungsloser Entlassung fordert. Nach Angabe des Unternehmers soll St. nur als Hilfsarbeiter angenommen sein, als solcher Tagelohn bezogen und keine Kündigung gehabt haben. Dieses Resultat ergebe sich auch aus den Lohn-Verhältnissen, in die sich Kläger widerspruchslos gefügt habe, wie ebenfalls die erst nachträglich eingereichte Klage für die Unsicherheit der Forderung spreche. Anderer Meinung ist der Kläger. Bei der Einstellung sei ihm gesagt worden, ein brauchbarer Kutscher werde benötigt, er werde mit den andern gleichgestellt. Den vollen tarifmäßigen Lohn habe er nicht erhalten, weil er einige Male fehlte. Die Firma bereite den tarifmäßigen Abmachungen überhaupt oft Schwierigkeiten, manche Arbeiter gäben sich mit weniger zufrieden, um vorerst ihre Stellung zu behalten. Eingestellt müßte jeder auf Grund des Tarifs werden. Von Aushilfe sei bei der Anstellung nicht die Rede gewesen, deshalb gelte die achttägige Kündigung. Der Beklagte äußerte dann den bei Klagen oft zu hörenden Einwand, der Mann sei überhaupt als Kutscher unfähig gewesen und habe alles kaput gefahren. Prompt widerlegt wurde dieses schlechte Zeugnis dadurch, daß St. nach einem gehabten Unfall wieder eingestellt worden sei, was sicherlich nicht der Fall gewesen wäre, wenn das vom Beklagten Gesagte den Tatsachen entspräche. Nach langem Hin und Her gab W. schließlich 6,50 Mk. im Vergleichswege, nachdem er die Vorschläge des Richters 10 oder 8 Mk. zu zahlen abgelehnt hatte. — Ungenügende Lehrlingsausbildung. Klagen über ungenügende Lehrlingsausbildung kommen fort-

ten zum Austrag, dafür sind in manchen Gewerben die Meister rasch bei der Hand, solche über ungenügendes Gehilfenmaterial laut werden zu lassen. Vorbedingung für einen brauchbaren Gehilfen ist eine tüchtige Lehrzeit. Beim Klempnermeister Th. war der Lehrling G. 2¾ Jahr in der Lehre, woraus er wegen besonderer Vorkommnisse im Oktober v. J. plötzlich entlassen wurde. Er kam dann nach Dassow zu einem Meister, der dem Vater des Lehrlings schrieb, er könne bei den mangelhaften gewerblichen Kenntnissen nur dann den Lehrling in der kurzen Zeit zu einem tüchtigen Gehilfen erziehen, wenn er für besonderen Aufwand 100 Mk. Entschädigung erhalte. Der Vater verlangt nun vom früheren Lehrherrn 50 Mk. für diesen Aufwand vergütet, da dieser schuld an der ungenügenden Ausbildung trage. Sein Sohn habe sehr oft nur den Karren schieben müssen, an die technischen Arbeiten sei er nicht herangekommen, man habe stets gesagt: davon verstehst du nichts. Die Kenntnisse des Lehrlings nach der fast 3jährigen Lehrzeit entsprächen höchstens demjenigen eines solchen, der 1 Jahr im Gewerbe tätig sei. Der Beklagte lehnt jede Zahlung ab, stellt den Lehrling als träge und unbehilflich hin, betont jedoch, daß er es doch so weit gebracht haben würde, bis zur Beendigung der Lehrzeit ihm das zu eigen zu machen, was notwendig und in seinem Geschäft üblich sei. In seinem Betriebe kämen hauptsächlich Gas-, Wasser-, Installations- und Bauarbeiten vor, mit den gewöhnlichen Klempnerarbeiten, was man früher darunter verstanden habe und wie sie der Dassower Meister hervorhebe, könne heutzutage ein Klempner nicht mehr existieren, weil die Fabrikware das Handwerksmäßige unterbiete. Andere Meister hätten schon gesagt, er habe sich eher zu sehr für die Lehrlinge interessiert als zu wenig. Die Lehrlinge seien einzelnen Gehilfen zugeteilt, keiner habe den G. haben wollen. Die Klage war von vornherein aussichtslos, weil die Lehre noch nicht beendet war. In diesem Falle gibts Mittel, den säumigen Lehrherrn zur Verantwortung zu ziehen. Zurückgewiesen wurde vom Beklagten die Ansicht eines als Zeugen erschienenen Gehilfen, daß bei 10 oder 12 Gehilfen ein besonderer Gehilfe notwendig wäre, der die Ausbildung von vier Lehrlingen zu überwachen hätte. So unrecht hatte dieser Gehilfe nicht, denn nach § 127 des Handwerkerschutzgesetzes ist der Lehrherr verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten des Gewerbes dem Zwecke der Ausbildung entsprechend zu unterweisen; er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten. Nach § 129 steht die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, die das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet und eine Meisterprüfung bestanden haben. Dies dürfte auch dem Beklagten als Innungsmitglied und Gewerbelehrer bekannt sein. Die Klage wurde mit 1.50 Mk. Kosten abgewiesen. Es lasse sich nicht nachweisen, ob der Sohn des Klägers so ausgebildet sei, wie anderwärts üblich. Th. habe vielleicht eine Spezialklempnerei, doch sei nicht ausgeschlossen, daß der Lehrherr dem Jungen das Notwendige in der übrigen Zeit doch noch beigebracht haben würde. Das ließe sich erst bei der Prüfung nachweisen. Zudem liege die Schuld, daß er aus dem Dienst gehen mußte, auf seiten des Sohnes. — Späte, aber erfolgreiche Klage. Im Jahre 1911 auf 12 war der Retoucheur bei dem Photographen P. gegen 120 Mk. Monatsgehalt angestellt. Die Kündigung war 14tägig. Da das Geschäft schlecht ging, soll dem Gehilfen auf den 1. Januar 1913 gekündigt worden sein. Nach Aussage des Gehilfen war das erst in der zweiten Januarhälfte geschehen; das Gehalt konnte ihm nicht ausbezahlt werden, auch 22,25 Mk. bare Auslagen sollen ihm nicht vergütet worden sein. Für diese Forderung wird dem Vertreter des Klägers der Eid zugeschoben, den dieser anerkennt. Der Kläger zögerte mit seiner Klage bis er selbst in mißliche Verhältnisse geriet; mit einer Abfindung von 60 Mk. hätte er sich früher schon persönlich beim jetzt Beklagten zufrieden gegeben. Es kommt ein Vergleich zustande, nach dem der Kläger für Lohn und bare Auslagen 80 Mk. erhält, die ihm in monatlichen Raten von 20 Mark zugesandt werden sollen.

Handelsregister. Am 21. Mai 1913 ist eingetragen: 1. die Firma: Martin Wegener, Lübeck, und als deren Inhaber der Kaufmann M. A. Wegener in Ratzeburg; 2. die Firma: Lübecker Kreidewerke Heyne u. Co., Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Die persönlich haftenden Gesellschafter sind: 1. Kaufmann H. H. A. C. M. Heyne, 2. Kaufmann F. Kaspar, 3. Ehefrau H. Kaspar geb. Fiedler, sämtlich in Magdeburg. Die Gesellschaft hat am 1. Mai 1913 begonnen.

b. **Der Zirkus Blumenfeld** eröffnete gestern seine Vorstellungen mit einem ausgesuchten Programm. Wir sind von diesem alten Unternehmen gewohnt, nur Gutes und Bestes vorgeführt zu bekommen; diesem Grundsatz sind die Blumenfeld nicht nur treu geblieben, sondern sie sind bestrebt, das Allerbeste und Allerneueste den zahlreichen Zirkusbesuchern vor Augen zu führen. In erster Linie stehen die Pferdedressuren, in denen Herr Alex Blumenfeld hervorragende Proben seiner Kunst darbot. Und da heutzutage ein Zirkus von Ruf ohne fremdländische Tiere nicht mehr auskommen kann, finden wir auch bei Blumenfeld Elefanten, Löwen usw. Vier gewaltige Dickhäuter aus Indien beweisen durch ihr Spiel, daß plumpe Äußerlichkeit noch lange nicht auf geistige und körperliche Schwerfälligkeit schließen lassen muß; sie arbeiten so leicht und vorsichtig, wie nur irgend denkbar. Ein schöner Anblick gewährt der Löwenritt auf dem mächtigen Elefanten, durch Dompteur Gautier vorgeführt. Nicht minder interessant ist die Beduinen-Quadrille, in der uns die Dressur von acht prachtvollen Kamelen gezeigt wird. Zebras und Lamas durcheilen ebenfalls die Manege. Unstreitig das schönste Bild bot Herr Alex Blumenfeld mit seinem stolzen ungarischen Wallach Enier Bey, mit dem er die hohe Schule in vollendetster Form ritt. Eine elegante Reiterin von hohem und schlankem Wuchs durchfliegt in Fräulein Anetta auf ungesatteltem Pferde die Bahn; ihre schwierigen Produktionen werden im Galopp wie Kinderspiel erledigt. Les Bonos springen ebenfalls mit ihren Pferden um die Wette und ernten großen, verdienten Beifall. Neben den Tierdressuren, die im Zirkus die Hauptsache bilden, ist noch eine Reihe anderer Künstler vertreten, die sich alle Mühe geben, die Gunst des Publikums zu erwerben. Allen voran steht die Equilibristin Miß Ella Ellen, die in unzähligen Variationen Proben ihres Könnens bietet. Das Planetentrio besteht aus drei schönen Kraftmenschen, die, wenn auch nicht die Erde tragen können, so doch solch bewundernswerte Kraft entwickeln, daß den Zuschauern ob ihrer Produktionen ein gelindes Grauen erfassen kann. Der eine der Dreien fängt u. a. eine schwere, aus blanker Kanone abgeschossene Granate auf. Sogenannte Dumme Auguste versuchen die Kunstpausen durch mehr oder minder gute Späße auszufüllen. Erwähnen wir zum Schlusse noch Herrn La Roche, der sich in eine hohle Kugel einschließt und mit derselben eine gewagte Fahrt in hoher Spirale antritt, so haben wir das Wichtigste aus dem Programm hervorgehoben, das den Besuch sicherlich lohnt. Es erfährt zudem jeden Abend reiche Abwechslung.

pb. **Wäschediebstahl.** Am Mittwoch, dem 7. d. M., ist einem Wäschereibesitzer von seinem Wagen ein Korb abhanden gekommen, der folgende Wäschestücke, die er zum Reinigen abgeholt hatte, enthielt: 2 Bettücher, 2 Bettbezüge, 3 Kissenbezüge, 2 Tischtücher, 5 Handtücher, 4 Damenhemden, 4 Damen-Unterbeinkleider und 3 Herrenhemden. Der größte Teil der Wäschestücke ist mit rotem Garn „B. S." gezeichnet. Es wird vermutet, daß der Korb gestohlen ist, oder auch vom Wagen gefallen und einem unehrlichen Finder in die Hände gekommen ist. Trödler und Pfandleiher werden auf diesen Verlust aufmerksam gemacht.

pb. **Verhaftung.** Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der von einem Lagerplatz am Kanalhafen 4 leere Petroleumfässer gestohlen hat.

pb. **Freiwillig gestellt** haben sich 2 Arbeitsburschen aus Neu-Cölln, von denen der eine seinem Arbeitgeber einen Geldbetrag unterschlagen hat. Der andere Arbeitsbursche, der sich von dem unterschlagenen Gelde abgeben ließ, wird sich wegen Hehlerei zu verantworten haben.

Arbeiterbildungsverein. Zu der Aufführung von Sudermanns Komödie „Die Schmetterlingsschlacht" sind eine Anzahl guter Plätze zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen in der Redaktion des „Lübecker Volksboten" abzugeben. Wir weisen auf diese besondere Vergünstigung hiermit nachdrücklichst hin.

Ausstellung lebender Aquarien- und Terrarientiere. Vom 13. bis zum 15. Juni d. J. findet in den schönen hinteren Räumen des Restaurants „Wintergarten" eine Ausstellung statt. Dank der Unterstützung nicht nur seiner Mitglieder sondern auch zahlreicher Freunde des Vereins ist es gelungen, eine größere Sammlung lebender Aquarien- und Terrarientiere unserer Heimat zusammenzubringen, und zwar manche Tiere, die auch der aufmerksame Naturfreund nicht jeden Tag draußen zu sehen bekommt. In schönen Exemplaren werden zu sehen sein die verschiedenen Varietäten der Kreuzotter, die Ringelnatter, hiesige und südeuropäische Eidechsen. Außer den vier deutschen Molcharten werden auch südeuropäische, nordamerikanische und japanische Arten vertreten sein. Die verschiedenen Frösche, Unken, Salamander und Schildkröten werden nicht fehlen. In den Aquarien werden außer den hiesigen Fischen eine große Anzahl von ausländischen Arten gezeigt werden, während die kleineren Behälter von Insekten, Spinnen, Schnecken, Muscheln und vielen niederen Tieren belebt sein werden. Bis jetzt sind schon rund 100 Vivarien angemeldet.

Sommertheater in den Stadthallen. Morgen, Freitag, ist der urkomische Schwank „Der Raub der Sabinerinnen", worin Herr Albert seine bekannte komische Rolle des Striese spielt, angesetzt und wird diese Vorstellung bestimmt ihre Anziehungskraft nicht verfehlen, da auch die Besetzung der anderen Rollen eine vortreffliche ist. Sonnabend wird die Sudermannsche Komödie „Die Schmetterlingsschlacht" wiederholt. Sonntag bringt uns die erste Operettenvorstellung und zwar die pikante französische Operette „Mamzelle Nitouche" mit ihren prickelnden Melodien und ihrer amüsanten Handlung. Die Operette ist von Herrn Kapellmeister Weigert glänzend einstudiert und singt Frl. Klerwin die Titelpartie und Herr Heydecker ist ihr Partner. Auch Ballett tritt zum erstenmal auf. Frl. Martel Eulenburg tanzt ihre vortrefflichen Spitzenvariationen, worin sie einzig dasteht und am Hamburger Stadt-Theater Aufsehen erregt hat.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen — Freitag — von 5—8 Uhr nachm. im Lokale des Herrn Pinkert, „Transvaal", statt.

Schwartau. Die Kinderschutzkommission besteht aus folgenden Personen: O. Scharkowski, Vorsitzender, Fünfhausen 5, Fr. Giese, Parinerstraße 20, Frau M. Ross, Parinerstraße 20, Frau B. Kahl, Lindenstraße 69; sämtlich in Rensefeld, Hermann Giese, Tremskamp 18, Frau M. Giese, Tremskamp 18, Frau A. Blöss, Auguststraße 4, Frau W. Rockstien, Ranzau-Allee 2, sämtlich in Schwartau. Alle Fälle von Kindermißhandlungen oder -Ausbeutung bitten wir an diese genannten Personen, besonders an den Vorsitzenden, zu melden. — Der Ausflug der Genossinnen mit ihren Kindern nach Seeretz am letzten Sonntag hatte sich einer ziemlich guten Beteiligung zu erfreuen. Annähernd 200 Teilnehmer bewegten sich durch den Riesebusch nach dem Ausflugsort. Man sah nur frohe Gesichter. Aber leider muß man konstatieren, daß dieser Tag, der doch hauptsächlich den Kindern gewidmet war, nicht genug in Anspruch genommen wird. Es mögen die Eltern doch im nächsten Jahre es sich zur Pflicht machen, sich mit ihren Kindern mehr zu beteiligen, da es doch den Kindern in der Schule von Schwartau genommen ist, einen gemeinschaftlichen Ausflug zu machen. Aber auch seitens der Seeretzer Genossinnen und Genossen war die Beteiligung eine recht schwache; diese zogen es vielmehr vor, sich im Laufe des Nachmittags nach dem großen Brandherd in Lübeck zu begeben, anstatt sich mit ihren Genossen und Genossinnen ein paar Stunden der Gemütlichkeit zu erfreuen. Um 6 Uhr erfolgte der Rückmarsch.

Hamburg. Großfeuer in Hamm. Eine Feuersbrunst äscherte in der vergangenen Nacht eine Scheune mit großen Vorräten und den Inhalt einer Maschinenscheune des Hofbesitzers Krogmann, Hornerlandstraße 110, ein, dessen altes Bauernhaus vor vier Jahren ein Raub der Flammen wurde. Man nimmt Brandstiftung an. Zwei verdächtige Personen sind verhaftet worden. Die Feuerwehr mit mehreren Zügen unter dem Kommando des Branddirektors Westphalen und des Branddirektors Krüger waren zur Stelle.

Altona. Landtagswahlen. Die gestern vorgenommenen Stichwahlen zu den Urwahlen haben folgendes Resultat ergeben: Justizrat Waldstein 325, Senator Marlow 59, Redakteur Adler 242. Da die absolute Majorität 315 Stimmen betrug, ist Justizrat Waldstein (Volksp.) wiedergewählt. Zwei Wahlmänner sind ausgefallen und daher noch zwei Stichwahlen erforderlich geworden.

Kiel. Ein schwerer Unglücksfall in Raisdorf. Dienstag nachmittag ereignete sich auf der Kiel-Preetzer Chaussee in Raisdorf ein schwerer Unglücksfall. Der Zimmermann Willi Sergenthin und der Kutscher Georg Möller aus Preetz hatten eine Fuhre Langholz aus Kiel geholt. Im Orte Raisdorf geriet das Holz auf dem Wagen ins Rutschen, wodurch der Wagen hin und her geschleudert wurde. Die Deichsel schlug infolgedessen den Pferden an die Beine, wodurch die Pferde scheuten und davonrasten. Die Begleiter des Fuhrwerks, die auf dem Holz saßen, wurden vom Wagen geschleudert. Der Zimmermann Sergenthin geriet unter das Hinterrad und wurde über den Leib gefahren. Er erlag seinen schweren Verletzungen innerhalb 10 Minuten. Dem Kutscher Möller fuhr das Vorderrad über die rechte Seite. Er erhielt hierdurch schwere innere Verletzungen und eine klaffende Kopfwunde. Trotz dieser schweren Verletzungen erhob sich der Schwerverletzte und lief dem Fuhrwerk nach. Bei der Förstschen Wirtschaft liefen die Pferde gegen einen Baum und kamen zum Stillstand.

Kiel. Ein Oberscharfmacher, der die Ortskrankenkasse betrügt. Bekanntlich hatte der Bauunternehmer und frühere Stadtverordnete Frauen Pleite gemacht. Frauen war Vorsitzender des Arbeitgeberschutzverbandes „Unter-Elbe" für das Baugewerbe und als Scharfmacher bekannt. Noch kurz vor seiner Pleite im vorigen Jahre wollte er wegen einer geringfügigen Differenz auf einem Neubau in Kiel eine große Aussperrung inszenieren. Er drang jedoch bei seinen Kollegen mit seiner Ansicht nicht durch. Am schlimmsten wurden eine ganze Anzahl Arbeiter Frauens durch den Konkurs benachteiligt. Noch heute warten sie auf ihren sauer verdienten Lohn von insgesamt etwa 6000 Mark. Eine Anzahl der Arbeiter war auch in Hamburg beim Karstadtschen Neubau beschäftigt. Jedoch auch die Ortskrankenkasse ist erheblich von Frauen geprellt worden. Er mußte sich deshalb vor der Strafkammer verantworten. Nach der Anklage hat er den Arbeitern die Krankenkassenbeiträge abgezogen, sie aber nicht an die Kasse abgeführt in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Die Anklage gibt 2588 Mark an, um die er die Kasse geprellt hat. Ein Angestellter der Kasse sagte als Zeuge aus, es sind 3088 Mark einschließlich des gesetzlichen Drittels, das er selbst bezahlen muß. Frauen erhielt 150 Mark Geldstrafe. Ein mildes Urteil. Rechnet man von den 3088 Mark das gesetzliche Drittel ab, das er selbst bezahlen sollte, ferner die Strafe und die Kosten, so bleibt immer noch eine hübsche Summe übrig, die Frauen bei der unehrlichen Geschichte verdient hat. Abschreckend wirkt das Urteil jedenfalls nicht. — Wie es in Preußen mit der Selbstverwaltung bestellt ist. Zweimal hat die Mehrheit der Stadtverordneten unseren Genossen Adler in die Kommission für die höheren Schulen gewählt. Zweimal hat die Regierung dem Genossen Adler die Bestätigung versagt ohne Angabe von Gründen. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung sollte nun zum dritten Male gewählt werden. Genosse Adler, der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, kennzeichnete scharf das Verhalten der Regierung, die sich im Gegensatz zur Verfassung stelle, wenn sie die Bestätigung aus politischen Gründen versage, denn politische Gründe könnten nur maßgebend sein. Seine Fraktion könne ja den Kleinkrieg gegen die Regierung fortsetzen, denn diese habe selbst den Schaden davon. Sie verzichte aber darauf und begnüge sich mit der Feststellung, daß es unter dem Dreiklassenwahlrecht nicht möglich sei für die Stadt, ihren Willen durchzusetzen. Die sozialdemokratische Fraktion stellte keinen eigenen Kandidaten wieder auf und stimmte für den Universitätsprofessor Harms. So sieht die Selbstverwaltung der Städte aus. Die Stadtverordneten wählen sich einen Mann ihres Vertrauens, die Regierung stellt sich aber dem entgegen und dann haben die Stadtverordneten nichts mehr zu sagen. Das ist auch eine Blüte des Dreiklassenwahlrechts in Preußen. — In der darauffolgenden gemeinschaftlichen Kollegiensitzung wurde eine Vorlage, betreffend Änderung der Lustbarkeitssteuer, beraten. Dem Einfluß der sozialdemokratischen Fraktion ist es zu danken, daß die Steuerordnung wesentlich verbessert wurde. Ebenso wurde auch der Vorschlag des Magistrats, für die Kinematographentheater eine Sondersteuer zu schaffen, zu Fall gebracht.

Vegesack. Lohnbewegung der Heringsfischer. Von den für die Logger der Bremen-Vegesacker Fischerei-Gesellschaft hier angekommenen Mannschaften haben heute 160 Mann die Anmusterung verweigert. Die Fischerei-Gesellschaft lehnt es ab, über die von der Organisation in Vorschlag gebrachte andere Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Zuzug von Arbeitswilligen nach Grohn-Vegesack ist fernzuhalten.

Schwerin. Mecklenburgisches. In der Dienstagssitzung des mecklenburgischen außerordentlichen Landtags wurden bei der Beratung der Verfassungsfragen auch die Finanzgeschäfte des Großherzogs beleuchtet, wobei es zu stürmischen Szenen kam. Der verstorbene Strelitzer Großherzog hat es verstanden, während seiner Regierung ein Kapital von über 100 Millionen Mark anzusammeln, das im Auslande angelegt ist. Dieser Ueberschuß war in dem kleinen Ländchen nur dadurch möglich, daß der Großherzog die Chausseen verfallen ließ, keine Gehälter und Pensionen zahlte, überhaupt das Land vernachlässigte. Infolgedessen ist das Land jetzt nicht in der Lage, sich aus eigenen Mitteln zu erhalten. Der regierende Großherzog erbot sich nun, bei Einführung der Verfassung zwei Millionen zuzuzahlen, damit der Landtagsetat dann balanzieren könne. Diese Summe war viel zu gering und der Großherzog erhöhte sie auf 12 Millionen. Den Landtagsdelegierten war auch diese Summe zu gering, sie verlangten, daß vor Einführung einer Verfassung die der Rentnerei obliegenden Schullasten abgelöst werden. Die Regierung erklärte diesen Antrag für unannehmbar. Am Dienstag wurde nach überaus heftiger Debatte, in der besonders Graf Schwerin-Mildenitz die Regierung angriff, trotz aller Beschwörungen der Regierungsfreunde, in der besonders die Forderung der Landesdelegierten mit 85 gegen 28 Stimmen angenommen. Das Plenum war nach der Abstimmung in großer Erregung und vertagte sich auf den 3. Juni. Die Regierung weigert sich, zu den einzelnen Punkten der Vorlage Erklärung abzugeben und will sich erst zum Schlusse über die Gesamtlage erklären. — Von einer Lösung der Verfassungsfrage scheint man weiter denn je entfernt.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Theater gab es gestern abend schon wieder eine Neuheit und zwar das Lustspiel „Das Schokoladenmädchen" von Gavault und Schönthan. Es ist eine verhältnismäßig harmlose Geschichte, die sich da auf den Brettern abspielt; etwas französische Pikanterie, keinerlei Zwei- oder gar Eindeutigkeiten und doch unterhielt sich das Publikum in seiner Mehrheit recht gut dabei. Man freut sich darüber, daß der kleine Beamte Paul schließlich doch die Millionärs- und Schokoladenfabrikantentochter Benjamine Lapistolle heimführte, obgleich er zunächst sein Auge auf die Tochter seines vorgesetzten Direktors geworfen hatte. Die Aufführung hätte vielleicht noch etwas mehr auf den leichten französischen Lustspielton gestimmt sein können. Eine ausgezeichnete feinkomische Type schuf Herr Heydecker als silberhaariger, charmanter Schokoladenmädchenpapa. Den Maler Felician, der die Liebesleute zusammenbringt, gab Herr Göbel mit trockenem Humor. Herr Schürer machte als schüchterner Liebhaber Paul eine nur recht wenig imponierende Figur. Das weibliche Element war durch Frl. Riccardo (Titelrolle) und Reichardt (Rosette) in anmutiger Weise vertreten. Frl. Kaps stellte eine frische, kleine Zofe sehr drollig dar. Das „kleine Schokoladenmädchen" hat sich gestern in Lübeck sicherlich zahlreiche Freunde und Freundinnen erworben.

P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Brolingplatze (Holstentor) frische Seefische, Goldbutt, feinste Fischkarbonade, Pfund 40 Pfg. **Emilie Boy, Königstr. 61. Markthallenstand 46,** Fernspr. 1811

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Haushaltungslumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Neutuch, Taue.** (1225
Fernruf 2430. Postkarte genügt.
Waisenhofstraße 25.

Bienenfleiß derselbe Geschmack, dieselben Bestandteile, derselbe Nahwert, wie **echter Bienenhonig**
Hauer & Co.
Wallhalbinsel.
Fernr. 891

Christian Gädes Buchen-Holzkohlen

in **Original-Packungen** sind anerkannt **erstklassig.**

In fast allen Handlungen zu haben. 3864

Grasbutter

I. Sorte . . . . . pr. Pfund **1.28** Mk.
II. „ . . . . . „ „ **1.22** „

Rostocker Butterhandlung

Beckergrube 9. 4016

Von

„Welt und Wissen"

ist der erste Jahrgang abgeschlossen und können die Extra-Bände gegen Rückgabe der 52 Gutscheine in Empfang genommen werden. Vom zweiten Jahrgang ist Heft 53 bereits erschienen; wir ersuchen unsere bisherigen Leser die Weiterlieferung veranlassen zu wollen. Auch beim zweiten Jahrgang werden gegen Rückgabe der Gutscheine Nr. 53—104 wieder 3 gutbroschierte, ca. 160 Seiten starke Bände als Extra-Beigabe abgegeben, sodaß jeder Leser mit der Zeit eine schöne Bibliothek mit wissenswertem Inhalt erhält. Von den Extra-Beigaben erscheinen noch folgende Bände mit nachstehendem Inhalt:

Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustr. Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungsreisen.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Entdeckungsreisen im schwarzen Erdteil.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.
Der Bau des menschlichen Körpers.
Die Völker Asiens.
Die Völker Afrikas.
Die Völker Amerikas.
Illustrierte Geschichte des Altertums.

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Ausserordentliche

General-Versammlung

am Freitag, dem 23. Mai 1913

abends 8½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Wahl eines dritten Vorstandsmitgliedes und Genehmigung der Anstellungs-Verträge mit den Vorstandsmitgliedern.

Anteilscheine legitimieren.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.
P. Pape. J. Böger.

Ein Sieg der deutschen Industrie!

2 Pfg. das Stück

Oriental. Tabak- u. Cigarettenfabrik Yenidze, Dresden — Inh.: Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

3666

Ragoda

das selbsttätige Waschmittel

bewährt und billig, **daher der große Erfolg.** Überall zu haben.
1 Pfd. nur 55 Pfg., ½ Pfd. 30 Pfg.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen Gutschein von 5 Pfd.: 3 Ia. Neusilb.-Teelöffel usw. Siehe Prospekt beim Kaufmann, auch wegen des **Preisausschreibens.** (230
Schumann & Wille, Wittenberge.

Chorverein Lübeck . . .

Ausflug nach Mölln

mit nachfolgendem Tanzkränzchen im „Doktor-Hof"

am Sonntag, dem 15. Juni 1913.

Abfahrt 1.31 Uhr nachmittags. Rückfahrt 10.53 Uhr abends.

Preis für Mitglieder pro Person 1.50 Mk.
Nichtmitglieder pro Person 2.00 Mk.

Die Karten für Mitglieder sind nur beim Boten **H. Hümöller,** Alfstraße 31 und Sonnabends abends von 8—10 Uhr im **„Gewerkschaftshaus"** bis spätestens Sonnabend, den 14. Juni, zu haben. Für Nichtmitglieder nur bei **Friedrich Lender,** Hüxstraße 94.

4014) **Der Vorstand.**

Zirkus E. Blumenfeld Ww.

Lübeck, Burgfeld.

Nur bis inkl. Sonntag, den 25. Mai 1913.

Heute abend 8¼ Uhr: Galavorstellung.

Weltstadtprogramm im wahren Sinne des Wortes.

Neuheiten über Neuheiten!

Zur Beruhigung des hochverehrten Publikums erlauben wir uns zu bemerken, daß die ganze Zirkusanlage von 16 eigenen zuverlässigen Wächtern und 4 Mann der hiesigen Wach- und Schließgesellschaft abgesperrt wird, so daß Unbefugte garnicht bis an die Zelte heran können. Außerdem ist auch behördlicherseits für Sicherheit gesorgt. Der Zirkus ist nach den neuesten preuß. ministr. Vorschriften errichtet, mithin die Gangbreite zwischen den Sitzen sehr geräumig, und 8 breite Notausgänge sorgen für schnellste Entleerung. Die Anlage wurde polizeilich auch hier abgenommen und in allen Teilen für gut befunden.

4010) Hochachtend **Gebr. Blumenfeld.**

Sonnabend nachm. 4 Uhr: Gr. Familienvorstellung.

Die ganzen Zelte sind imprägniert!

Schuhwaren

für Kinder, Damen und Herren in großer Auswahl. (3719

Damenstiefel . . . 4.95—12.50
Herrenstiefel . . . 5.50—14.95
Kinderstiefel, Gr. 22—35, in den Preislagen . . . . **1.95—6.25**
Sandalen, braun Segeltuch, Paar **1.08, 1.25, 1.48**
Sandalen, lederne, Paar . **1.58, 1.78, 1.98, 2.28**
Anzüge f. Kinder . 2.25—13.—
Herren-Anzüge . 12.85—47.50

Arbeiter-Garderobe sehr billig.

Johannes Holst,

Kohlmarkt 6. Markt 6.

Achtung!

Transportarbeiter

Stockelsdorf und Umgegend.

Umständehalber findet die Versammlung **nicht heute,** sondern **Donnerstag, d. 29. Mai d. J., abends 8½ Uhr,** im Lokale des Herrn Paetau in Fackenburg statt.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
4012) **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 23. Mai
abends 8½ Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal)

Zahlreichen Besuch erwartet
4000) **Der Vorstand.**

Achtung!

Lastadiearbeiter!

Versammlung

am Freitag, dem 23. Mai
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

4008) **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. D. O.

Arbeiter-Abstinentenbund

Ortsgruppe Lübeck.

Versammlung

am Freitag, dem 23. Mai
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.

Vortrag des Genossen Mehrlein.
Thema: „Goethes Faust, ein soziales Drama".

4005) **Der Vorstand.**

Turnverein „Freiheit" Seeretz.

Unser diesjähriges

Sommer-Fest

findet

am Sonntag, dem 1. Juni 1913
bei Emil Cordts statt.

4001) **Der Vorstand.**

4011

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Freitag, den 23. Mai:

Der Raub der Sabinerinnen.

Striese — Ernst Albert.

Sonnabend, den 24. Mai:
Zum zweiten Mal:
Schmetterlingsschlacht.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 117. Donnerstag, den 22. Mai 1913. 20. Jahrg.

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

Am Dienstag nahm die Budgetkommission des Reichstages die Beratung der Militärvorlage wieder auf. Die Kommission wird, da der Reichstag erst am 26. Mai wieder zusammentritt, bis dahin täglich von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr tagen.

Bei Beratung der Vermehrung der Verkehrstruppen von 18 auf 31 Bataillone besprach Abg. Müller-Meiningen eine Reihe von technischen Mängeln bei diesen Truppen; speziell hob der Redner die angeblichen Vorzüge der Schütte-Lanz-Luftschiffe gegen die Zeppelin-Luftschiffe hervor. — Genosse Noske forderte von der Militärverwaltung genaue Auskunft über die Notwendigkeit der neuen Verkehrstruppen. Die Kommission müsse doch wenigstens eine Darstellung über die Art der Verwendung erhalten. — General Wandel gab hierauf einige Erläuterungen rein technischer Natur, wobei Umfang und Art der französischen militärischen Luftschiffahrt erörtert wurden. — Abg. Müller wünschte weit bessere sanitäre Vorrichtungen auf den Fliegerstationen, um bei Unglücksfällen schnelle und ausreichende Hilfe gewährleisten zu können. — Genosse Noske wandte sich dagegen, den Bau von Luftschiffen und Luftfahrzeugen davon abhängig zu machen, daß die beteiligte Industrie auch genügend Aufträge bekommt. Wenn die Neuformation der Luftschiffertruppe zur Folge hat, daß etwa 20 neue Lenkballons angeschafft werden sollen, so müsse zuerst ein Nachweis für die Notwendigkeit dieser Zahl von Ballons geliefert werden. Daß Rußland imstande ist, seine Lenkballons ausschließlich aus Deutschland zu beziehen, sei besonders interessant. Sobald Rußland erhebliche Bestellungen gemacht haben wird, werden wir in Deutschland abermals vor neue Forderungen für die Luftschiffahrt gestellt werden, unter Hinweis auf — Rußland! 20 Lenkballons erfordern einschließlich der Hallen und des sonstigen Zubehörs etwa 50—60 Millionen Mark. Bei der Beratung der Kavallerievermehrung habe übrigens der Kriegsminister die sekundäre Bedeutung der Luftschiffahrt gegenüber der Kavallerie bei dem militärischen Aufklärungsdienst hervorgehoben. Bisher habe das Militär alle Luftschiffe einfach kaput gefahren. — Der Kriegsminister betonte, daß die Luftschiffahrt immer vom Wetter abhängig sein werde und niemals die Kavallerie ganz ersetzen könne. Umgekehrt können aber Luftschiffe bei günstigem Wetter Dienste leisten, die weit über die der Kavallerie in der Aufklärung hinausgehen. Nebenbei müssen unsere Luftschiffe auch den Kampf gegen gegnerische aufnehmen können. Der Minister präzisierte dann näher die Aufgaben der Luftschiffe.

Bei der geforderten Vermehrung des Trains wies Abg. Bassermann darauf hin, daß der Train eine Art militärisches Stiefkind sei. Man solle ihn in Zukunft ebenfalls als Verkehrstruppe bezeichnen. Ob die jetzt vorhandenen Trainformationen genügen, sei doch recht fraglich. — Abg. Müller-Meiningen zweifelte daran, ob die Massenheere in einem zukünftigen Kriege auch verpflegt werden könen. Eine gründliche Reform des Intendanturwesens müsse kommen, vielleicht auch sei die Frage zu erwägen, ob man die gesamte Verpflegungslieferung nicht an große und leistungsfähige Firmen übergeben wolle. — Die Militärverwaltung betonte, die unstreitig vorhandenen Schwierigkeiten in der Truppenverpflegung seien zu überwinden. Eine Aenderung des Trains sei nicht angängig. Das Ansehen des Trains zu heben, sei deshalb schwierig, weil der Train keine fechtende Truppe ist. — Die Genossen Noske und Schöpflin besprachen dann Mängel im Intendanturwesen und beim Train. Der südwestafrikanische Feldzug habe das vollständige Versagen des Intendanturwesens gezeitigt; wie solle das erst in einem zukünftigen Kriege mit den Heeresmassen werden? In Südwestafrika sind damals Unsummen verschleudert worden, weil eben das Intendanturwesen nichts Ordentliches zu leisten vermochte.

Ein Antrag Bassermann, der eine Hebung des Trains fordert, wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Die Kommission schritt nunmehr zur Beratung der ungemein großen Zahl vorliegender Anträge. Zunächst wurde über die Verkürzung der Dienstzeit debattiert. Die Sozialdemokraten beantragten die Einführung der einjährigen Dienstzeit, die Volksparteiler eine solche von 18 Monaten; das Zentrum wünschte Erhöhung der Urlaubszeit und Erleichterung des einjährig-freiwilligen Dienstes. — Genosse Gradnauer begründete die sozialdemokratische Forderung. Er wies auf die Ueberflüssigkeit des Parade- und Gamaschendienstes hin. Fällt dieser fort, so kann die Dienstzeit auf ein Jahr herabgesetzt werden, ohne daß die kriegsgemäße Ausbildung leidet. Ferner betonte Gradnauer den enormen volkswirtschaftlichen Schaden der heutigen langen Dienstzeit und vertrat die sozialdemokratischen Auffassungen hinsichtlich der Frage der Landesverteidigung. — Die Genossen Schöpflin und Noske ergänzten die Darlegungen Gradnauers in ausführlicher Weise. — Der Kriegsminister wandte sich lebhaft gegen die Anträge auf Herabsetzung der Dienstzeit, weil angeblich ohne die heutige Dauer der Dienstzeit die Armee nicht schlagfertig gehalten werden kann. Bemerkenswert war die Aeußerung, den Söhnen der sogenannten gebildeten und der besitzenden Klasse könne man die zwei- und dreijährige Dienstzeit nicht zumuten, weil diese Klasse dadurch zu sehr belastet werde. Schließlich betonte der Minister noch, die Armee müsse nicht nur kriegstüchtige Leute, sondern auch patriotisch und vaterländisch denkende Menschen erziehen. — Von den bürgerlichen Parteien sprach nur Abg. Müller-Meiningen; Zentrum, Nationalliberale und Konservative schwiegen sich aus. Sie stimmten auch die Anträge auf Verkürzung der Dienstzeit nieder. Die Volksparteiler lehnten auch die Einführung der einjährigen Dienstzeit ab. Angenommen wurde nur eine volksparteiliche Resolution, die die Hebung der Wehrfähigkeit der Jugend und die Unterstützung aller Verbände fordert, die die körperliche Ausbildung erstreben. Gegen die vom Zentrum geforderte Reform des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes im Sinne einer Erweiterung kämpfte Genosse Südekum an, während Zentrum und Nationalliberale sie verteidigten. — Abg. Semler erhoffte von dem Antrage, daß er die Militärvorlage in weiten Kreisen populärer machen werde. — Genosse Südekum wies noch darauf hin, daß die Ausdehnung des Einjährigen-Privilegs der Willkür und der Korruption Tür und Tor öffne, denn die Erweiterung werde vorwiegend den Söhnen von Kriechern zugute kommen. — Genosse Frank wies nach, daß der Zentrumsantrag das Privileg befestigen und nicht, wie die Antragsteller glauben, allmählich beseitigen werde. Die Bürgerlichen wollen bestimmten bürgerlichen Kreisen eine Wohltat erweisen. Das ist der Zweck der Uebung. — Schließlich sprachen sich die Volksparteiler auch noch gegen den Zentrumsantrag aus, der gegen die sozialdemokratischen und volksparteilichen Stimmen angenommen wurde. Sodann wurde der sozialdemokratische Antrag diskutiert, für jede Waffengattung nur eine einheitliche Felduniform zuzulassen. Die Genossen Schöpflin und Noske vertraten den Antrag. Der Kriegsminister verteidigte den heutigen Stand der Uniformierung. Für den Krieg sei eine feldgraue Uniform vorhanden. Ob sie sich aber für die Friedensdienste eigne, sei eine andere Sache. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, dagegen eine volksparteiliche Resolution angenommen. — Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag fordert die Abschaffung der Garde und der sonstigen Elite-Regimenter. Genosse Frank begründete den Antrag. Schon aus Gründen der Mobilmachung müßte das Gardekorps besettigt werden, das infolge der Rekrutierung 6—7 Tage später mobilisiert werden kann als die anderen Korps. Wenn das Interesse der Landesverteidigung maßgebend sein soll, müssen die Elitetruppen verschwinden. — Abg. Müller-Meiningen unterstützte diesen Antrag. — Abg. Erzberger betonte, der sozialdemokratische Antrag widerspreche der Reichsverfassung, die den Kontingentsherren die Entscheidung über die Uniformierung überlasse. — Abg. Bassermann betonte, daß bei der Garde 81 Prozent der Offizier es zum Major bringen, in der Armee sonst aber nur 37 Prozent. Der Kriegsminister gab zu, daß bei manchen Regimentern der Adel dominiere. Das habe sich historisch entwickelt, sonst aber werde der Adel nicht bevorzugt beim Avancement. Daß die Mobilmachung des Gardekorps erschwert wird, ist Tatsache. — Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Gefährliche Konkurrenz für den Maurerberuf.

Die Maurer werden bald eine recht gefährliche Konkurrenz erhalten: Die Schichten der akademisch Gebildeten drohen, sich ihrer Stellung und Würde zu entkleiden und Maurer zu werden, weil die Bezahlung im Maurerberuf eine bessere sei, als beispielsweise im Richterstande. Das ist nicht etwa eine Tollhausidee oder ein blöder Witz, die „Richter-Zeitung" vom 15. Mai hat allen Ernstes in einem Artikel das Einkommen eines Maurers mit dem eines sächsischen Richters verglichen, und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der Maurer finanziell viel besser gestellt sei als der Richter. Und die arbeiterfeindliche bürgerliche Presse hat sich von der Verrücktheit dieser Darlegungen nicht abschrecken lassen, sie gibt jenem Artikel weitere Verbreitung, um zu zeigen, wie gut unsere Arbeiter doch eigentlich gestellt sind.

In der „Kölnischen Volkszeitung" nimmt ein Richter — natürlich ein ultramontaner — den Vergleich auf und stellt sich auf die Seite der Richterzeitung. Auch er ist der Auffassung, daß die Richter schlechter als die Maurer gestellt seien; das Elend in Richterkreisen habe schon zu einem bedenklichen Geburtenrückgang geführt, in vielen Fällen halte man die Ehe kinderlos, in anderen

Im Hochwald.

Roman von Gustav Hedenwind-Eriksson.
Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(22. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Biet' ihm doch lieber tausend Kronen — vielleicht auch ein wenig Branntwein, dann hilft er Dir gewiß!" sagte Grels in einem Ton, als ob es sich um einen Scherz handle.

Sie hörten schon das dumpfe Brausen des Falles, aber Grels verlor seine Ruhe nicht. Er meinte kalt: „Bald sind wir da, und jetzt will ich Dir sagen, was unsere Fahrt bezweckt. Vor allem soll sie die Ursache von all den Lügengeschichten, die über meinen Jungen im Gange sind, ertränken, dann soll sie Majas Tränen fortspülen, und zuletzt soll sie Deiner Laufbahn ein Ende machen, Deinem Leben und meinem, das durch Dich heimatlos und verfehlt und voller Schlechtigkeiten geworden ist. Hör', wie Jonas unten am Fall lacht, jetzt braucht er nicht mehr lange zu warten."

Und Jahn flehte wieder um Rettung, rief den Himmel um Beistand an, aber Grels sagte ruhig: „Nun, Jan, wer hat jetzt die Macht? Freu' Dich auf's Sterben. Deine Pflicht . . ."

Ein Krachen des Kahns — ein schwarzer Streifen, und Jans durchdringender Schrei und Grels gelles Lachen verhallten im Tosen des Wassers und versanken in der schäumenden Tiefe. Die Strudel schlossen sich über ihnen und tanzten wieder ihren wilden, ewigen Reigen, als wenn nichts geschehen und außer ihnen nichts dagewesen wäre.

Im Dorf floß nach einigen Tagen ein geteertes Brett ans Land. An einem Nagel darin hingen Fetzen von einem braunen Rock, und damit war eine bekannte Größe zur Lösung des nächtlichen Fischfangs im Sennbergsee gefunden, worauf sich denn alle wohlgemut ans Werk machten, die ganze Wucht der Schuld auf die zu wälzen, die sich am wenigsten ihrer Haut wehren konnten. Für diese Arbeit war niemand zu vornehm oder zu gering, keiner zu heilig und auch keiner zu sündhaft.

Sobald es galt, häßliche und boshafte Gerüchte im Schwang zu halten, waren alle nur einer Ansicht — und wie wenig lobenswert das auch ist, könnte sich hieraus vielleicht die zukünftige Möglichkeit eines gemeinsamen Strebens der Menschheit nach höheren, edleren Dingen beweisen lassen.

Was der Schnee hielt versteckt,
Hat die Sonne aufgedeckt.

All dies hatte sich im Sonnendorf im Lauf eines einzigen Halbjahrs zugetragen. Jetzt war Mittsommerabend*) gekommen. Man hoffte auf eine neue mildere Zeit — sah bedrückten Sinnes hinter sich, aber mit frohem Vertrauen in die Zukunft. Deswegen hatte sich auch wie immer das ganze Dorf auf dem Küsterhof zusammengefunden, wo schon Großeltern und Urahnen im Kreis der großen alten Birken den langen Tag der Sonnenwende mit Tanz und Spiel gefeiert hatten. Die Mädchen lächelten verstohlen den Burschen zu, und die Burschen freuten sich dessen. Auch Herr Plan, der sich jetzt fest entschlossen, mit seinen Ziegen zu Klemet ins Gebirg zu ziehen, nahm an dem Fest teil. Nicht nur die Jugend war bei Torkel versammelt, auch ältere Frauen und Männer, ja sogar die greise Mutter Bota und Hans Lia gingen singend im Reigen mit. Alle warteten auf eine bessere Zeit.

Wenn Herr Plan bisweilen ein lustiges Stückchen und muntere Verse vortrug oder ein schönes Lied sang, trat der Küster regelmäßig vor die Tür und hörte zu. Aber sobald Herr Plan geendigt, nahm er seinen Hut ab, winkte damit grüßend der Jugend zu und ging still wieder ins Haus.

Und niemand wunderte sich darüber.

Denn trotz der fröhlichen Stimmung war es doch, als ob irgend etwas fehlte, besonders, wenn der Küster herauskam. Schwer war es, daran zu denken und dennoch fröhlich zu sein, aber noch schwerer mit den Unglücklichen unglücklich zu sein. Man wußte ja allerdings, daß Malin verdüstert und wirr in ihrer Kammer eingesperrt saß, aber an den Jammer durfte man heute nicht denken, es war doch Mitsommerabend. Freilich, Malin mit ihrem frischem, strahlenden Wesen war immer eine der Fröhlichsten gewesen. Von ihrem Namen flog der Gedanke leicht zu Jonas Grelsson. Auch er war nicht mehr dabei. War er nicht immer gut und hilfreich gewesen, ein treuer, zuverlässiger Kamerad? Es war kein Wunder, wenn sein Bild wie lebend vor vielen stand und ihnen das Herz bedrückte.

Und von ihm sprachen Domkapitel und der Philisoph, die unter den Birken lagerten, als der Küster plötzlich auf den Hof heraustrat und fragte, ob Malin unter der Jugend sei.

Der Gesang verstummte, der Reigen wurde unterbrochen, und die Mädchen ließen ihre Burschen los und sahen suchend im Kreis herum, aber keine Malin war da.

Der Küster ging wieder ins Haus, kam aber bald wieder heraus. Er habe das ganze Haus durchsucht, jede Ecke und jeden Winkel, aber das Mädchen sei nicht zu finden.

Nach dieser Mitteilung legte sich ein tiefer Ernst über die fröhliche Schar. Herr Plan fuhr sich gedankenvoll durch seinen dunklen Kinnbart und ging mit ins Haus, um seinem Wirt beim Suchen zu helfen. Auch Herr Plan kam bald wieder heraus und erklärte ebenfalls, daß Malin verschwunden sei, vermutlich sei sie durch das Fenster entkommen. Man müsse nach ihr such

Der Abend war so schön, der See lag so spiegelblank, als nehme die Natur teil an der Freude der Menschen, aber Scherz und Tanz waren zu Ende. Die Sonne war auf ihrer Fahrt hinter den grauen Bergen, und noch immer stand die bunte Schar unschlüssig und ratlos beisammen.

Das Gras duftete, die Drossel schlug im Gehölz und vom Tal her klang das Plätschern des Baches. Aber über dem Ganzen lag etwas Beklemmendes, ein Schatten, ein kalter Schauer . . .

Als die rote Sonnenfackel gerade im Begriff war, den Kamm des Gebirges in Brand zu stecken, kam Herr Schanz in großer Eile den Sommerweg hinunter. Man sah, wie er übers Moor gelaufen, daß der rote Minnig, den er mit den Stiefeln aufgeworfen, ihm auf den Rücken gespritzt war — sogar bis auf die Mütze — wie er vornüber in Gräben gefallen, aber wieder aufgestanden und schweißtriefend weiter gelaufen war.

Als er den Hof erreicht hatte, keuchte er, warf die Mütze auf die Erde, wie er zu tun pflegte, wenn etwas Wichtiges auf dem Spiel stand, und zog den Rock aus. Darauf wischte er sich den Schweiß ab und fing gezierter als je zu reden an: „Mit einem Wort gesagt", begann er feierlich und sah die Jugend an, die sich erwartungsvoll um ihn scharte, „hier geschieht viel, sehr viel sogar. Um mich kurz zu fassen, so will ich Euch nur erzählen, daß ich vom Sennbergsee komme, wie Ihr wohl seht, und — in Paranthese gesagt — will ich man gleich sagen, daß ich über den Falschenberg ging. Dabei kam ich oben auf die höchste Höhe, um sozusagen die Aussicht zu genießen, und da, wie ich kurz und gut gesagt, vom Laubwald heraus über die grüne Matte ging — ja, Ihr kennt ja auch die Gegend — nein, nicht da hinüber, ich stand hier an dieser Seite — so ungefähr — da mit einemmal kriegte ich sie zu sehen. Sie pflückte Blumen, und — in Paranthese gesagt — sang sie auch dabei — Ihr wißt ja, wie sie singen kann. Sie sang so wunderschön, daß ich reinweg stillstehen und zuhören mußte. Aber, um mich kurz zu fassen, als sie oben auf der Höhe ankam, war sie mit einemmal verschwunden und der Gesang verstummte. Als ich dies sah und hörte, bin ich fix hergelaufen, um Bescheid zu sagen. Sie ist natürlich im Falschental. Das ist wenigstens meine Auffassung."

Alle hatten mit größter Spannung diesem unzusammenhängenden Bericht zugehört, der offenbar großen Eindruck machte; alle standen jetzt nachdenklich und sahen sich fragend an. Nur der Küster zog die Schultern hoch und wanderte mit finsteren Blicken vor seinem Hause auf und ab. Schließlich murmelte er mit zusammengebissenen Zähnen, wobei er mit beiden Händen an sich niederstrich: „All dies Unglück hat Jonas Grelsson über mein Haus gebracht. Warum mußte Ihr auch so einer in den Weg kommen!" (Schluß folgt.)

*) Johannisabend.

sei man zum Zweikinder-System übergegangen. Für mehr Kinder reiche das knappe Geld nicht aus. Dieser ultramontane Richter berechnet nun unter Zugrundelegung der Angaben des Dresdener Arbeitgeberverbandes, daß ein Maurer bis zum 35. Lebensjahre über 26 000 Mark verdient. Zu diesem Verdienst kommt indessen der Dresdener Arbeitgeberverband und der Richter nur durch das Taschenspielerkunststück, jedem Maurer jährlich 300 Arbeitstage anzurechnen. Die Qualitäten eines Richters, der nichts davon weiß, daß in den Wintermonaten die Bauarbeit infolge der Witterungsverhältnisse ruhen muß, können nicht übermäßig weit her sein. Auch die anderen Rechenexempel deuten auf eine — sagen wir große Unbefangenheit hin. Der Richter soll bis zu seinem 31. Jahre überhaupt nichts verdienen, von da bis zum 35. Jahre 9050 Mk. Dabei brauche der Maurer für seine Ausbildung nichts, der Richter aber neun Jahre Gymnasium à 750 Mk., drei Jahre Universität à 1200 Mk., vier Referendarjahre je 1500 Mk., zwei Assessorjahre je 1500 Mk. zuzüglich der besonderen Kosten zusammen 29 950 Mk. Und diese Beträge sollen noch „so bescheiden" in Ansatz gebracht sein, sodaß sie den tatsächlichen erforderlichen Aufwand nicht erreichen. Das Schlußresultat ist, daß der Maurer bis zum 50. Lebensjahre rund 50 000 Mk. verdient, der Richter schließlich 88 000, wovon dann 22 000 Mk. für Ausbildungskosten abzuziehen seien. Wenn die Zinsen der Ausbildungssumme noch in Abzug gebracht werden, bleiben für den Richter nur 46 000 Mk., also 4000 Mk. weniger Verdienst als der Maurer in der gleichen Zeit verdient hat.

Na also, bei solcher Sachlage gibt's ja gar kein einfacheres Mittel, als daß sämtliche Richter schleunigst ihre Talare ausziehen und sich den ganzen juristischen Krempel aus dem Kopf waschen und Maurer werden. Bei vielen würde man dabei noch das tröstliche Bewußtsein haben, daß sie dann wenigstens etwas Nützliches im Leben schaffen.

Aber, Scherz beiseite. Der Blödsinn ist so stark, daß selbst ein ultramontaner Parlamentarier, der Reichstagsabgeordnete Kuckhoff, in der „Kölnischen Volksztg." gegen diesen Richter wie gegen seine gleichgesinnten Kollegen Stellung nimmt. Er erbietet sich, dergestalt zu beweisen, daß Richter und Oberlehrer wie überhaupt alle höheren Beamten verhungern müßten und fährt dann fort:

„Und nun der Vergleich zwischen dem Richter und Maurer. Nach den amtlichen Berichten der Gewerbebeamten sind sie bedeutend niedriger. Nur der kleinere Teil verdient diese Sätze. Außerdem kann man beim Maurer doch keine 300 Arbeitstage rechnen. Im Winter sind sie zum größten Teil ohne Arbeit. Und man muß doch auch die Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Aussperrungen, Streiks, Krankheiten in Betracht ziehen. Wenn man alles das in Rechnung setzt, kommt man zu ganz anderen Zahlen. Das soll aber einmal dahingestellt sein. Was ich beanstande, ist vor allem die Aufstellung der Ausbildungskosten. Dem Maurer kosten seine Kinder bis zum 14. Lebensjahre im Verhältnis genau das gleiche wie dem höheren Beamten. 750 Mk. kann man unter keinen Umständen ansetzen. Das Militärjahr kann unmöglich unter die Ausbildungskosten gerechnet werden. . . . Wer wäre denn imstande für die Ausbildung von etwa drei Jungen 66 000 Mk. auszugeben? Das geschieht ja auch nicht. Es fehlte nur noch, daß noch das Minus angerechnet würde, das einer hätte verdienen können bis zum 35. Lebensjahre, wenn er Maurer geworden wäre. . . . Die Ausbildungskosten sind doch die Vorbedingung dafür gewesen, nicht daß er soviel verdient — denn dann hätte er eben Maurer werden sollen —, sondern dafür, daß er als Beamter eine gesicherte und hochgeachtete Lebensstellung hat und bei der Verabschiedung Pension bezieht. Diese Pension wiegt die Zinsen der Ausbildungskosten vier- und fünffach auf."

Die inbrünstige Sehnsucht der unzufriedenen Richter nach dem Maurerberuf hätte kaum diese ernsthafte Besprechung verdient.

Aus der Partei.

Ein unhaltbarer Beschluß. Der „Vorwärts" schreibt unter obiger Überschrift: „Wie bereits mitgeteilt, hat die Berliner Generalversammlung sich in einer außerordentlichen Sitzung mit dem Fall Borchardt befaßt und den Protest gegen seine Kandidatur zurückgewiesen. Für uns scheiden die persönliche Seite der Angelegenheit völlig aus, doch sehen wir uns im Interesse der Gesamtpartei zu folgender Feststellung genötigt: Die Generalversammlung hat sich die einstimmige Entscheidung der Untersuchungskommission zu eigen gemacht, die dahin geht, daß Borchardt gegen andere Parteigenossen „Vorwürfe in einer gröblichst leichtfertigen Weise erhoben" hat. Danach hätte als einzig mögliche Konsequenz erwartet werden müssen, daß Borchardt die Fähigkeit zur Bekleidung des Landtagsabgeordneten-Mandats aberkannt werde. Den Spruch der Untersuchungskommission zu akzeptieren, jedoch die Konsequenzen daraus abzulehnen, ist ein Widerspruch. Denn das Parteiinteresse verlangt, daß alle Vertrauenspersonen der Partei völlig vorwurfsfrei dastehen. Wir möchten deshalb der Genossin Borchardt geben, daß dieser Widerspruch durch ein in dem Parteistatut vorgesehenes Verfahren — ein Schiedsgericht — beseitigt wird.

Aus den Parteiorganisationen. Aus dem Geschäftsbericht des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 11. badischen Wahlkreis ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im abgelaufenen Geschäftsjahre (9 Monate) um 624 (einschließlich 119 weiblichen Personen). Die Gesamtmitgliederzahl betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 5563. Im Wahlkreise sind 375 sozialdemokratische Bürgerausschußmitglieder zu verzeichnen. Davon sind gewählt 297 in der dritten, 75 in der zweiten und drei in der ersten Klasse. Die sozialdemokratischen Mandate in den Gemeinderäten stiegen von 31 auf 42. In Jorden, v. Kröchers Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen, erhöhte sich die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins im letzten Geschäftsjahre von 39 auf 50 — eine für diese agrarischen Gebiete erhebliche Zunahme. Auch der Abonnentenstand des Parteiblattes gestaltete sich günstig, aber sehr in diesem allmählichen Kampfe an Boden.

Preßprozeß. Zwei Monate Gefängnis erhielt Genosse Tiemann von der Essener „Arbeiterzeitung" am Montag von der Essener Strafkammer zudiktiert. Im Essener Bezirksblatt war ein Urteil der Strafkammer zu Aachen, durch das der vorige Fabrikant v. d. Hacken wegen Erschießens eines Arbeiters nur zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, scharf kritisiert. Auch war das Urteil in Vergleich gestellt worden zu einem Urteil derselben Strafkammer, durch das ein Arbeiter, der einen Hund angeschossen und sich dem Besitzer des Hundes gegenüber der Nötigung schuldig gemacht hatte, mit vier Monaten Gefängnis bedacht worden war. Das Gericht sah in einigen Ausführungen der „Arbeiterzeitung" den Vorwurf der Klassenjustiz. Festgestellt wurde aber vor dem Essener Gericht folgendes: Die Streikenden des Fabrikanten v. d. Hacken haben sich an dem von dem Aachener Gericht zugunsten des Fabrikanten angenommenen „Sturm auf dessen Haus" nicht beteiligt. Auch hat der Fabrikant den angeblichen Schreckschuß mit der Pistole nicht, wie er angegeben, auf das Pflaster, sondern in gerader Richtung abgegeben. Ferner konnte weder von einem Tumult noch von einem Auflauf die Rede sein; vor allem hatte aber der erschossene Arbeiter, ein Holländer, mit der Sache garnichts zu tun. — Erwähnt sei auch, daß das Urteil gegen den Fabrikanten zwar rechtskräftig, aber noch nicht vollstreckt ist. Er hat, wie er in der Verhandlung als Zeuge bekundete, ein Gnadengesuch eingereicht.

Um die Konsumvereine.

Mit gerunzelter Stirn verzeichnen die Blätter der Rechten die Erörterung über die Konsumvereine auf dem Evangelisch-Sozialen Kongreß. Und Grund haben sie schon, ärgerlich zu sein. Denn der Referent, Professor Wilbrandt und verschiedene Debatteredner, vor allem Adolf Wagner, der junge Achtzigjährige, haben den verhaßten Konsumvereinen, die die Reaktionäre und Mittelständler am liebsten von heute auf morgen erwürgen möchten, wahre Lobreden — wie sie sie verstehen — gehalten.

Das heißt nicht, daß die Konsumvereine auf dem Kongreß zu ihrem Rechte gekommen wären. Unsere Einschränkung „Lobreden — wie sie sie verstehen", deutet das schon an. Die Herren evangelisch-sozialen Konsumvereinsfreunde erhoffen von diesen Organisationen nämlich nichts weniger als eine Abschwächung des Klassenkampfes, eine Zersetzung der Sozialdemokratie und ähnlicher wunderbarer Wirkungen mehr. Mit diesen phantastischen Hoffnungen geht eine mehr oder minder richtige Würdigung der wirtschaftlichen Bedeutung für die Konsumenten Hand in Hand. Professor Wilbrandt rühmt die Verbilligung und Verbesserung der Waren für die Mitglieder der Konsumvereine, die Besserstellung ihrer Angestellten. Wenn er dann freilich diese Wirkungen nur als sekundäre und das eigentliche Ziel der Konsumvereinsbewegung in der Befreiung der großen Masse des Volks von der heutigen Herrschaft des Großkapitals und des Großgrundbesitzes erblickt, wenn er gar prophezeit, die Genossenschaftsbewegung werde, da sie alle Klassen zu umfassen trachten müsse, um alle Konsumenten zum Ausbau einer freien Gemeinwirtschaft heranzuziehen, schließlich den Klassenkampf und die Sozialdemokratie überwinden, so kann man über solche Phantasterei nur kühl die Achseln zucken. Aber wir glauben schon, daß diese Hoffnungen die Konsumvereine dem Gros der evangelisch-sozialen Pastoren und Professoren erst lieb und wert machen, daß die Mitarbeit in der Genossenschaftsbewegung, die einige der Herren gepredigt haben, weniger wegen der Bewegung an sich, als in der Erwartung geleistet werden wird, der klassenbewußten Arbeiterbewegung die Seelen der Arbeiter abspenstig zu machen. Na, die Herren mögen das nur versuchen . . .

Der Kampf zwischen den Mittelständlern und den evangelisch-sozialen Konsumvereinsfreunden bot gerade nicht viel des Bedeutenden. Bemerkenswert sind nur die Ausführungen des Professors Gregory, der die tüchtige und gute Arbeit der Sozialdemokraten in den Konsumvereinen anerkannte, um schließlich zum hellen Entsetzen eines großen Teils der Zuhörer die Sozialdemokratie überhaupt für national und Bebel insbesondere für national bis auf die Knochen zu erklären. Da er dafür starken Beifall erntete, so riß es den Vorsitzenden, Professor Baumgarten, vom Stuhle. Bebend mußte er konstatieren, daß das nicht eine offizielle Kundgebung des Kongresses sei. Wir möchten zu diesem Streit bemerken, daß Herr Gregory recht hat, wenn er das Wort national nicht in dem beschränkten Sinne nimmt, in der es gemeinhin im bürgerlichen Lager gebraucht wird. Die Sozialdemokratie ist weit mehr national, als ihre Gegner, da sie für das Wohlergehen der großen Mehrheit der Nation kämpft, sie ist nicht national, insofern mit diesem Wort der Begriff des Chauvinismus und Mordspatriotismus verknüpft wird.

Eine gute Zusammenfassung der evangelisch-sozialen Hoffnungen auf die Konsumvereine hat Adolf Wagner gegeben, als er das Bild einer Gesellschaftsordnung entwarf, die durch Verstaatlichung und Genossenschaftswesen das freie Konkurrenzsystem, „unter dem die sittlichen Grundanschauungen von Mein und Dein wesentlich geschädigt worden sind", immer mehr einschränken, vielleicht einmal ganz beseitigen werden. Er hat dabei einige treffende Worte zur Kennzeichnung des Kapitalismus gefunden, die ihm urwüchsige Bemerkungen der Rechtspresse zugezogen haben. Praktische Folgen werden sie nicht haben. Der Kapitalismus braucht die Bekämpfung durch Adolf Wagner und die Evangelisch-Sozialen wirklich nicht zu fürchten.

Im ganzen war die Debatte eine — ungewollte — Verbeugung vor der Sozialdemokratie. Als solche registrieren wir sie mit Genugtuung.

Krupps Monopol.

Das „Berl. Tagebl." gräbt aus einem älteren Buche des französischen Publizisten Huret über dessen Beobachtungen in Deutschland, eine Reihe interessanter Äußerungen aus, die Herr Thyssen, der große Montanindustrielle, Zentrumsmann und Konkurrent Krupps, über dessen monopolistische Stellung getan hat. Huret erzählt da, wie Thyssen Kanonen und Panzerplatten fabrizieren wollte und sich an die Staatsverwaltung wandte, um zu erfahren, von welcher Art ihr Bedarf sei? Die Staatsverwaltung habe ihm geantwortet: Wenden Sie sich an Krupp." Huret fährt nun fort: „Man begreift, daß Krupp sich nicht beeilte, einem Konkurrenten vom Ausmaße Thyssens die Auskunft zu geben, deren er bedurfte. Und so machte sich Krupp ein Vermögen von 500 Millionen."

Huret erzählte dann weiter, wie Krupp auch alle anderen Staatsaufträge monopolisiert habe. Schließlich habe Thyssen, der bekanntlich katholisch sei, von der Zentrumspartei die Zusicherung erhalten, sie würde gegebenenfalls die Monopolwirtschaft im Reichstag enthüllen. Da die Regierung das Zentrum nötig habe, sei das skandalöse Monopolwesen ein wenig eingeschränkt worden. „Dennoch fahren die Kruppschen Werke fort, sich den Löwenanteil herauszuschneiden."

Huret hat dann in der Unterhaltung mit Herrn Thyssen auch die Rede auf das Säbelgerassel und die kriegerischen Zeitungsartikel bei Gelegenheit der Tangerfahrt des Kaisers gebracht. Darauf hat Thyssen gelassen erwidert:

„Das hat allein den Zweck, den Reichstag zur Bewilligung der Kredite für die Kruppschen Werke zu veranlassen, deren Kanonen trotzdem hinter den Erhardtschen Kanonen zurückstehen."

Über die Behandlung Erhardts hat Thyssen dann noch weiter gesagt:

„Dieser arme Erhardt, der seit fünfzehn Jahren mit einer beispiellosen Energie darum kämpft, seine Fabrikate anzubringen! Man hat versucht, ihn zu ruinieren, man hat alles getan, um ihn zu entmutigen und abzuschrecken. Er hat mit bewunderungswerter Energie gekämpft, die nicht klein zu machen war. Beispielsweise hatte Erhardt auf der Düsseldorfer Ausstellung sehr schöne Sachen ausgestellt, geeignet, auch das stärkste Mißtrauen zu überzeugen. Der Kaiser kam, blieb eine halbe Stunde im Pavillon von Krupp und setzte keinen Fuß in den von Erhardt. Ergebnis: die Kanonen sie bald durch neue ersetzen müssen. . . ." müssen teurer bezahlt werden, und man wird

Über die Gründe der Zurücksetzung Erhardts meinte Thyssen:

„Ja, endlich, nach einem zehnjährigen Kampf, nach einem großen Spektakel im Reichstag, hat man sich wohl dazu entschließen müssen. . . . Was wollen sie auch groß kämpfen? In Diensten von Krupp stehen zwei Brüder von Ministern und der Bruder des Chefs der deutschen Flotte."

Man sieht, es wäre höchste Zeit, daß die Untersuchungskommission über die Umtriebe des Rüstungskapitals endlich ernannt würde und ihre Arbeiten begönne.

Wie groß der Einfluß Krupps ist und wie weit die Macht der Firma reicht, beweist die Tatsache, daß all die schweren Anschuldigungen Thyssens in der deutschen Übersetzung, wie das „Berl. Tagebl." nachweist, entweder bis zur Unkenntnis „gemildert" oder fortgelassen sind.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung Metallarbeiter! In Mühlhausen i. Thür. haben in der Thür. Maschinen- und Fahrradfabrik Walter u. Co. rund 250 Arbeiter die Kündigung eingereicht, weil der Obmann des Arbeiterausschusses gemaßregelt wurde. Die Firma inseriert in den Blättern Mitteldeutschlands nach tüchtigen Schlossern und Drehern, weshalb ersucht wird Zuzug fernzuhalten.

Gebührenfreiheit beim Gewerbegericht. In Augsburg haben die sozialdemokratischen Gewerbegerichtsbeisitzer beim Magistrat den Antrag gestellt, die Gebühren beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht aufzuheben. Der Magistrat hat diesem Ansuchen stattgegeben. Das Verfahren vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht ist nun vollständig kostenlos.

Evangelische Arbeitervereine gegen die gelbe Bewegung. Die evangelischen Arbeitervereine in Rheinland und Westfalen haben auf Betreiben ihrer nationalliberalen Führer noch keinen direkten Gegensatz zu den Gelben ausgesprochen. In Rücksicht auf die verschiedensten gleichartigen Bestrebungen unterließen sie es bisher, sie haben eine „abwartende Stellung" eingenommen. Nachdem ihnen aber ihr Mitgliederverlust, der der gelben Bewegung zugute kam, zu stark geworden ist, haben sie jetzt eine Stellungnahme für erforderlich gehalten. Der Kampf der Zentrumsgewerkschaften datiert bekanntlich auch erst von dem Zeitpunkte ab, wo ihnen die Abschwenkung vieler katholischer Arbeiter ins gelbe Lager in schreckhafter Weise zum Bewußtsein gekommen ist. Katholisch und evangelisch erzogene Arbeiter bilden ja schließlich das empfänglichste Material für die gelbe Richtung. Dieser Tage haben nun der Ausschußsitzung des Verbandes ev. Arbeitervereine in Dortmund zwei Anträge vorgelegen, die sich mit der Stellungnahme zu den Werkvereinen beschäftigten. Während der Kreisverband Recklinghausen einen Beschluß dahin wünschte: „Welche Richtlinien haben die einzelnen Vereine der genannten Bewegung gegenüber zu beobachten?", beantragte der Kreisverband Elberfeld unter ausführlicher Darlegung der erfolgreichen Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung durch die ev. Arbeitervereine und dem Hinweise darauf, daß die Bestrebungen der ev. Arbeitervereine durch die gelbe Werkvereinsbewegung nicht nur bekrittelt, sondern geradezu angefeindet und behindert werden, eine Entschließung, wonach diejenigen, die in den Vereinen des Provinzialverbandes der ev. Arbeitervereine Agitation für die wirtschaftsfriedliche (gelbe) Bewegung treiben oder irgendwie gegen Beschlüsse und Kundgebungen des rheinisch-westfälischen Verbandes ev. Arbeitervereine oder gegen das soziale Programm des Gesamtverbandes arbeiten, nicht Mitglied eines ev. Arbeitervereins bleiben können. Dieser Antrag wurde von Sekretär Beer eingehend begründet und dabei insbesondere auf die Kriegserklärungen der gelben Vereine gegen die ev. Arbeitervereine hingewiesen: „die ev. Arbeitervereine sollten ihre seither bewährten und befolgten Grundsätze und die nach diesen Grundsätzen wirkenden Personen aus der Leitung der ev. Arbeitervereine aufgeben". Redner erklärte, daß das einfach unmöglich sei. Nach ihrem Grundsatze: „Tuet Ehre jedermann", achteten sie auch die Arbeitgeber, sie kannten aber auch das Wort des Apostels: „Werdet nicht der Menschen Knecht!" In demselben Sinne äußerte sich Pastor D. Weber (M.-Gladbach), der Gesamtverbandsvorsitzende. Die von Elberfeld verlangte Entschließung wurde vom Ausschuß angenommen, so daß sich also der Provinzialverbandstag mit der Sache beschäftigen wird. Namens des Essener Arbeiter- und Bürgervereins erklärte der nationalliberale Parteisekretär Lummel, „der Verein müsse sich alles Weitere vorbehalten." In Essen hat die Gewerkvereinsbewegung bekanntlich einen starken Rückhalt an Krupp. — In evangelischen Arbeiterkreisen macht man sich bereits schwere Vorwürfe, daß man den von den Zechen und Industriewerken besoldeten nationalliberalen Agitatoren, die durchweg Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine sind, aber gleichzeitig auch für die gelbe Bewegung agitieren müssen, Gehör geschenkt und nicht längst den Kampf gegen die Gelben aufgenommen hat.

Russische Schandjustiz. Zu lebenslänglicher Zwangsarbeit nach Sibirien verbannt ist der Bergmann Ignatz Jakubik aus Myslowitz, der während des oberschlesischen Grubenarbeiterstreiks über die russische Grenze nach dem Nachbarort Nifka ging, um unter den dortigen Bergleuten Streikunterstützungen zu sammeln. J. verteilte in dem russischen Orte auch Flugblätter, die die Aufforderung enthielten, sich dem oberschlesischen Streik anzuschließen. Die Polizei ließ Jakubik verhaften und nach Bendzin bringen, wo er auf administrativem Wege wegen Aufwiegelung unverzüglich abgeurteilt wurde. Das Urteil lautete, dem Vernehmen nach, auf lebenslängliche Zwangsarbeit in Sibirien. J. ist etwa 40 Jahre alt und Familienvater. Wenn irgend ein hoher Staatsbeamter in Rußland das Reich um Millionen von Rubeln betrügt, dann passiert ihm nichts. Aber wehe dem armen Schlucker, der es wagt, die Arbeiter aufzuklären.

Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine zu Hildesheim.

Zahlreicher denn je ist der 28. Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine von Delegierten besucht, ein äußerer Beweis von der überaus kraftvollen Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung in den letzten Jahren. Die Eröffnung des Verbandstages erfolgte am Sonnabend nachmittag 2½ Uhr im Vereinssaale des Theatergartens. Einladungen waren ergangen an den Magistrat, die Handelskammer

der Stadt Hildesheim, an die Vertreter der Lokalpresse, den Handlungsgehilfen-, Transportarbeiter- und Bäckerverband, sowie an den Zentralverband der Konsumvereine und die Großeinkaufsgesellschaft. Außer Magistrat und Handelskammer sind alle Eingeladenen vertreten, die von dem Vorsitzenden Herrn Schwedt (Harburg) willkommen geheißen wurden. Begrüßungsansprachen hielten noch Herr Hübner, der namens des gastgebenden Hildesheimer Konsumvereins sprach und darauf hinwies, daß bereits vor 16 Jahren ein Verbandstag der nordwestdeutschen Konsumvereine in Hildesheims Mauern tagte, sowie die Herren Dr. Müller vom Zentralverband deutscher Konsumvereine und Herr Ipsen von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Nach erfolgter Konstituierung nahm das Wort der Sekretär des nordwestdeutschen Verbandes, Ferdinand Vieth, der in einstündiger interessanter Rede ein Bild von der Fülle der Arbeit und der großartigen Entwicklung des nordwestdeutschen Verbandes gab. Aus dem Bericht heben wir hervor, daß sich Umsatz und Mitgliederzahl der Verbandsvereine in einer Weise entwickelt haben wie nie zuvor. Es erzielten an Umsatz im eigenen Geschäft: die Konsumvereine über 76 Millionen Mark und die Produktivgenossenschaften über 5,1 Millionen Mark. Das ist gegen das Vorjahr eine Vermehrung von über 17 Millionen Mark = 26,6 %. Die Mitgliederzahl der Vereine stieg von 235 190 auf 267 092, also um 31 902. Der Verkaufserlös der selbstproduzierten Waren erhöhte sich von 15 auf 22 Millionen Mark, also um rund 7 Millionen.

Noch deutlicher erscheint die Entwicklung, wenn wir uns die Zahlen aus den letzten zehn Jahren vergegenwärtigen. In dieser Zeit stieg die Zahl der dem nordwestdeutschen Verband angeschlossenen Vereine von 120 auf 175, die Zahl der Mitglieder von 81 319 auf 267 092, der Umsatz im eigenen Geschäft von 18,7 auf 81,1 Millionen Mark, der Wert der selbstproduzierten Waren von 2,3 auf 22 Mill. Mark und die Rückvergütung von rund 1,4 auf 4,7 Millionen Mark. Bemerkenswert ist auch noch das Steigen der Steuerlast von 50 806 auf 254 844 Mark.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine temperamentvolle rege Diskussion, an der sich die Herren Everling, Karsten, Döhnel, Jantzen, Rabe, Kirsch, Schulz und Ruprecht beteiligten.

Den Bericht über die stattgefundenen Revisionen, der debattelos entgegengenommen wurde, erstattete Herr Revisor Schmittinger, dessen instruktive Ausführungen lebhafte Beachtung fanden.

Beim 4. Punkt der Tagesordnung: „Berichte aus den Einkaufsvereinigungen" tadelte der Verbandssekretär Vieth, daß noch so manche Vereine des nordwestdeutschen Verbandes es an der genossenschaftlichen Treue der Großeinkaufsgesellschaft gegenüber fehlen lassen. Die Zahlen, die Redner anführte, zeigten denn auch, daß es in manchen Einkaufsvereinigungen noch manches in bezug auf genossenschaftlichen Einkauf zu bessern gibt. Nachdem noch die Herren Nolte und Schaffer zu diesem Punkt gesprochen, erfolgte um 7½ Uhr, nach fünfstündiger Beratung die Vertagung.

Am Abend wurde im Theatergarten den Teilnehmern ein Vokal- und Instrumentalkonzert geboten. Mitwirkende waren die Stadtkapelle und der Arbeitergesangverein „Gleichheit" (Männer- und Frauenchor) unter Leitung ihres Dirigenten, Herrn Erdmann. Die hervorragenden Leistungen der wackeren Sängerschar fanden bei den zahlreich Erschienenen eine wohlverdiente beifällige Aufnahme. Die schwungvolle Festrede wurde von Herrn Stephen (Hildesheim) gehalten.

Die Tagung am Sonntag wurde durch einen von Herrn Massolles (Hildesheim) verfaßten und vorgetragenen Prolog eröffnet. Sodann gab Herr Dr. August Müller einen umfassenden Bericht über die Gründung und Organisation der Volksfürsorge und betonte dabei, daß es unwahr sei, daß das Aufsichtsamt für private Versicherungen die Angelegenheit verschleppt habe. Das gerade Gegenteil sei der Fall, das Aufsichtsamt habe schnell gearbeitet und der Volksfürsorge anfangs sogar sympathisch gegenüber gestanden. Das sei erst anders geworden, als die Versicherungspresse und ein Teil der bürgerlichen Presse die Gründung der Volksfürsorge fälschlich als ein sozialdemokratisches Unternehmen bezeichnete. Aber selbst dann blieb das Aufsichtsamt objektiv. Der unpolitische Charakter der Konsumgenossenschaften bringt es mit sich, daß auch die Volksfürsorge unpolitisch sein muß. Die Gelder, die in die Volksfürsorge fließen, dürfen zur Förderung sozialdemokratischer Parteizwecke nicht verwendet werden. Der Vortragende kam dann auf die Konkurrenzunternehmungen zu sprechen und bezeichnete die „Viktoria" mit ihrem sehr gut eingearbeiteten, aber auch sehr teueren Apparat als die größte Konkurrentin. Zu erwähnen sind dann noch die hauptsächlich in katholischen Kreisen in Rheinland-Westfalen verbreitete „Leokasse", der „Verband öffentlich-rechtlicher Versicherungsgesellschaften", der nur in Preußen arbeitet und sich vornehmlich die Entschuldung des bäuerlichen Grundbesitzes zum Ziel gesetzt hat und die noch nicht in Tätigkeit getretene „Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft", die unter Tätigkeit und Anteilnahme der Deutschen Reichsregierung gegründet ist. Redner kam dann auf die Aufgaben der Volksfürsorge zu sprechen. Dazu gehört eine Verbilligung des Apparates der privaten Versicherungen gegenüber und hier wird es sich zeigen, ob die Voraussetzung, die man an den Opfermut und den Idealismus der Genossenschaften und Gewerkschaften gestellt habe, nicht trügen, denn auf ihnen basiert das ganze Unternehmen. Weiter soll kein Verfall der Policen eintreten, und sollen Versicherungen, die noch kein volles Jahr bestehen, in Sparversicherungen, und solche die über ein Jahr bestehen, in prämienfreie Versicherungen umgewandelt werden, wenn die Versicherten nicht in der Lage sind, die Prämien zu zahlen. Endlich ist bei der Prämienberechnung der Volksfürsorge die Sterbetafel von 1891—1900 zu grunde gelegt, die günstiger ist als die von den andern Versicherungen benutzte Sterbetafel von 1871—1876. Der sich aus der Volksfürsorge ergebende Gewinn soll in großzügiger Weise zur Beschaffung billiger Arbeiterwohnungen angelegt werden.

In der sich anschließenden teilweise sehr erregten Debatte vertrat Herr Dietz (Kiel) den Standpunkt, daß in der Verwaltung die Gewerkschaften zu ungunsten der Genossenschaften bevorzugt würden. Einen gegenteiligen Standpunkt nahmen die Herren Maiwald (Neustrelitz) und Mandel (Hamburg) ein, die zum Frieden mahnten und vor Kompetenzstreitigkeiten warnten.

Sodann wurde in die Beratung der Abänderung des Verbandsstatuts getreten. Die Abänderungen machen sich notwendig, weil neben dem Sekretariat des Verbandes, laut Beschluß des letzten Verbandstages noch ein neues Organ, der „Aufsichtsrat", errichtet ist. Die Aenderungen, die nur redakitoneller, nicht prinzipieller Natur sind, werden nach unwesentlicher Debatte, an der sich die Herren Jantzen (Hamburg) und Henze (Lübeck) beteiligen, einstimmig angenommen. Die Aenderungen, die den Teilnehmern gedruckt vorliegen, treten am 1. Juni d. Js. bereits in Kraft.

Es gelangte hierauf die Anwesenheitsliste zur Verlesung, die ergab, daß 111 Vereine durch 332 Delegierte vertreten waren.

Der Verbandssekretär Vieth (Hamburg) sprach sodann über den internationalen Genossenschaftstag in Glasgow, der vom 25. bis 27. August stattfinden und sich auch mit der Frage der landwirtschaftlichen Konsumgenossenschaften beschäftigen soll. Es wird als wünschenswert bezeichnet, daß sich auch deutsche Vereine durch Delegierte beteiligen. Die Kosten sind auf 450 Mark pro Delegierten berechnet, und man will mit der Fahrt nach Glasgow, die am 10. August von Vlissingen angetreten werden soll, eine Studienreise durch England verbinden.

Herr Dr. August Müller, der es unternommen hat, die Studienreise zu organisieren, wendet sich mit der Bitte an den Verbandstag, daß die Vereine ihre Delegierten möglichst bald, spätestens bis zum 7. Juni anmelden möchten. Die Meldungen sind an das Sekretariat in Hamburg zu richten.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Auslosung der Vereine zur Beschickung des Genossenschaftstages in Dresden. Aus der Verbandskasse soll vier kleineren Vereinen, die einen Umsatz von weniger als 150 000 Mark haben, die letzten drei Verbandstage besucht und seit 1903 noch nicht ausgelost sind, eine Beihilfe von 100 Mark gewährt werden. Mendel (Hamburg) wünscht, daß die Beihilfe 6 Vereinen gewährt werde. Maiwald ist gegen die Festsetzung der Umsatzgrenze auf 150 000 Mark. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die Beihilfe von 100 Mark sechs Vereinen, die einen Umsatz unter 150 000 Mark haben, zukommen zu lassen. Ausgelost wurden Stade, Malchin, Waren, Vehlen, Hohnhorst und Lübbecke.

Der nächste Beratungsgegenstand betraf die Schiedsgerichte der Lagerhalter. Herr Döhnel (Berlin) ersucht den gedruckt vorliegenden Satzungen die Zustimmung zu erteilen. Neu sind nur die Einigungsverhandlungen, die dem Schiedsgericht vorausgehen sollen. Diese Maßnahme hat sich bei den sächsischen Konsumvereinen schon seit Jahren gut bewährt. Redner tritt für die Schaffung eines Bezirkstarifs ein, dadurch würde ein großer Teil der Differenzen beseitigt. Auf ein Anfrage teilt Verbandssekretär Vieth mit, daß dasjenige Gewerkschaftskartell zuständig sei, an dessen Sitz die Streitigkeiten ausgebrochen sei. Weiter können der Vorsitzende, wie auch die Beisitzer von beiden Parteien abgelehnt werden. Nachdem noch Herr Dietz die Diätenfrage gestreift hat, werden die Satzungen angenommen.

Ueber die Festsetzung einer neuen Beitragsstaffel sprach Verbandssekretär Vieth. Durch die Neuerung soll nur der erhöhte Umsatz gefaßt werden. Die alte Staffel höre bei einem Umsatz von 8 Millionen Mark auf und überspringe von zwei Millionen an 200 000 Mark, während die neue Staffel 100 000 Mark überspringe. Durch die neue Staffel, von der nur 7 Vereine getroffen werden, wird der Beitag um 2056 Mark erhöht. Der Grundbeitrag von 10 Mark bleibt bestehen, sonst werde die Neuerung illusorisch. In den Umsatz ist auch der Lieferantenumsatz mit einbezogen. Die neue Beitragsstaffel wird sodann ohne Debatte einstimmig angenommen.

Hierauf werden die Wahlen vorgenommen. An Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Verbandsdirektors Postelt (Hamburg) wurde Schwedt (Harburg), als dessen Stellvertreter Nolte (Hannover) und als Beisitzer Everling (Hamburg) gewählt.

Die Wahl der fünf Aufsichtsratsmitglieder fiel auf Borchner (Bielefeld), Koch (Oldenburg), Schaffer (Neustrelitz), Misselhorn (Celle) und Adam (Kiel).

In den Generalrat wurden gewählt: Sack (Hannover), Geiger (Bremerhaven) und Frenzel (Hamburg).

Für die Lagerhalterschiedsgerichte wurden gewählt als Schiedsrichter: Herckner (Bremen), Dreyer (Bremerhaven), Everling (Hamburg), Fahrenkrug (Kiel), Nolte (Hannover), Becker (Lemgo) und als Ersatzmänner Heyer (Leer), Koch (Oldenburg), Rieger (Hamburg), Henze (Lübeck), Hübner (Hildesheim) und Rexhage (Bielefeld).

Nachdem noch als Ort des nächsten Verbandstages Rostock gewählt worden war, schloß der Vorsitzende mit Worten des Dankes für die erwiesene Gastfreundschaft die Sitzung.

Soziales.

Aufnahme des Geschäftsbetriebes der „Volksfürsorge". Unseren Freunden teilen wir hierdurch mit, daß die Anmeldung zur Eintragung der „Volksfürsorge", Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, in das Handelsregister in Hamburg am 17. Mai erfolgt ist. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebes, d. h. die Erhebung von Prämien für abgeschlossene Versicherungen wird in allen Orten, in welchen durch die örtlichen Instanzen, das Gewerkschaftskartell und die Verwaltung des Konsumvereins, die nach dem Organisationsplan notwendigen Vorbereitungen getroffen worden sind, am 1. Juli erfolgen. Die Werbearbeit für die „Volksfürsorge" dagegen beginnt schon im Monat Juni mit der Verbreitung eines vom Vorstande der „Volksfürsorge" herausgegebenen Flugblattes und der Prospekte über die Versicherungsarten von Haus zu Haus durch die am Orte bestellten Vertrauenspersonen. Diese haben die Pflicht, nach der Verbreitung des Flugblattes überall nachzufragen, ob der Abschluß einer Versicherung für irgend ein Mitglied der Familie, Mann, Frau oder Kinder gewünscht wird. Die Vertrauensleute erhalten durch die örtlichen Rechnungsführer Bücher, in welchen sämtliche Tarife der „Volksfürsorge" abgedruckt sind, um an Hand derselben jedem Versicherungsnehmer die gewünschte Auskunft geben zu können, außerdem Antragsformulare und Quittungsblocks für das zu erhebende Eintrittsgeld. Nur den Vertrauensleuten der „Volksfürsorge" wird deren Aufnahmematerial verabfolgt; die Quittungen für das bei der Antragstellung zu entrichtende Eintrittsgeld von 1 Mark tragen die Unterschriften der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Wir ersuchen nunmehr, den Aufbau der Organisation in allen Orten, in welchen dies nicht bereits geschehen ist, zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß die systematische Werbearbeit in Angriff genommen werden kann. Die bestellten Rechnungsführer wollen uns sofort über die Anzahl der für ihren Bezirk erforderlichen Flugschriften und Prospekte Mitteilung machen.

Der Vorstand der „Volksfürsorge".
A. v. Elm. Fr. Lesche.

Richard Wagner.

Zu seinem 100. Geburtstage am 22. Mai 1913.

Wahn, Wahn!
Überall Wahn! — —

Friedrich Nietzsche, der sich aus einem Freunde und Anbeter Richard Wagners zu seinem grimmigsten Gegner und Hasser umwandelte, hat einmal gefragt: „Ist Wagner überhaupt ein Mensch? Ist er nicht eher eine Krankheit?" — Scheinbar unsinnig, ist diese Frage dennoch durchaus berechtigt. Nur müßte sie richtiger heißen: „Ist Wagner überhaupt ein Mensch? Ist er nicht eher das Symptom einer schweren Erkrankung des modernen Gesellschaftskörpers?"

Manche Kranken, die ihrer Auflösung entgegengehen, bekunden kurz vor ihrem Tode nochmals eine außerordentliche Intensität des Lebens und erwecken damit den Anschein naher Gesundung. Der Schein aber trügt: das Leben flammte noch einmal wie eine verglühende Kerze auf, um dann in den Tod überzugehen. Leuchtet und glüht doch auch der Herbst in kräftigeren Farben wie der Sommer — und doch folgt ihm die kalte Winternacht.

Als Wagner geboren wurde, am 22. Mai 1813, war Deutschland noch das Reich plattesten Kleinbürgertums. Die Lohe des modernen Großkapitalismus begann eben erst am sozialen Himmel emporzuzüngeln, wetterleuchtete nur, brannte noch nicht. Bürger, Bauern und Arbeiter — „Gesellen" — dachten noch an eine harmonische Verbrüderung, die in einer Umwälzung der bestehenden politischen Verhältnisse die Gewähr ihres Fortbestandes finden sollte. Dann kamen die 1848er Kämpfe — und nach ihnen der große Katzenjammer. Die Revolutionsmänner flohen — Wagner mit ihnen. Die Bourgeoisie sah sich gründlich übers Ohr gehauen — die Arbeiter trennten sich völlig von ihr los und wurden unter den gewaltigen Schlägen des erstarkenden Großkapitalismus — besonders in der Gründerzeit nach dem Kriege von 1870/71 — zu einer einheitlichen, selbstbewußten Proletarierklasse zusammengeschmiedet. Die Vertreter des ihr gegenüberstehenden Kapitals aber, die Nachkommen der 1848 so jämmerlich übertölpelten Spießerbourgeois, haben sich seitdem in Geduld ergeben, ihre Freiheitsideen und ähnliches dummes Zeug zum alten Eisen gelegt. Es genügt ihnen vollkommen, wenn sie große Profite erzielen — alles andere bleibt ihnen „schnuppe". An die Stelle der demokratischen Bestrebungen aus dem „tollen Jahre" ist die Furcht vor der wirklichen Demokratie getreten! Die blasse Angst vor der Proletarier stetig wachsenden Macht, vor dem kühnen Aufschwunge des Sozialismus, der Idee der kommenden neuen Gesellschaftsordnung — sie hat unsere Herrschenden taub gemacht gegen allen Fortschritt, den sie am liebsten mit glühenden Zangen in Stücke zerreißen möchten, wie es weiland die Inquisition mit unglücklichen Hexen, Gottesleugnern und anderen Kirchenfeinden tat.

Ungerächt lebt man aber nicht als bloße Geldverdienmaschine. Die innere Leere des Geistes erweckte denn doch schließlich in unseren Bourgeois das Bedürfnis nach irgend einem Seelenfutter. Und siehe da! Sie fanden, knapp ein Vierteljahrhundert ist es her, daß Wagners Musik wie für sie geschaffen sei. Auf Wagner hatte die Entwicklung der Dinge in Deutschland den tiefsten Eindruck gemacht. Mit den scharfen Sinnen des Genies erkannte er nach 1848 sehr bald, wohin sie steuerte. Die Ideen von Freiheit und Fortschritt, die ihn einst zu offenem Kampfe begeisterten, mußte er jämmerlich zu Boden getreten sehen. Zudem hatte er während seiner Kapellmeisterzeit (von 1834 bis 1848) aufs gründlichste die Misere des Deutschen Theaterlebens kennen gelernt. Alles das erfüllte ihn mit einem starken Pessimismus, der ihn auf eigenen Wegen zur Schopenhauerschen Verneinung des Willen zum Leben führte. Die Welt ist schlecht, sie muß vom Übel erlöst werden, untergehen! — — —

Wie eine fixe Idee mutet uns der Erlösungsgedanke an, der in Verbindung mit der aus dem Mitleid entsprungenen minniglichen Minne, die ihn in die Tat umsetzt, allen reiferen Werken Wagners das Gepräge gibt. Er spukt zuerst im „Fliegenden Holländer", der nur durch die treue, reine Hingabe eines Weibes von seinen Irrfahrten zum ewigen Leben erlöst werden kann. Mit wahrhaft ungeheurer künstlerischer Potenz hat Wagner die Erlösungsidee bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt. Charakteristisch aber für seine kleinbürgerlichen Anschauungen ist die Tatsache, daß immer nur dem Weibe die Rolle der duldenden Erlöserin zufällt (außer im „Parsival"). Mitleid ist die Triebfeder seines Tuns — und Mitleid ist ja auch etwas Erhabenes! Wir aber fordern Gerechtigkeit, die das Mitleid überflüssig macht!

Auf die denkende Frau muß besonders der „Lohengrin" wahrhaft deprimierend wirken. Elsa soll Gattin des Lohengrin sein, ohne dessen Namen und Abstammung zu wissen, einfach, weil er es so begehrt. Aus natürlichstem menschlichen Gefühl heraus bricht sie das ihr vom Schwanenritter auferlegte Gebot, nach seinem Namen zu fragen — und muß dafür mit dem Verluste des Geliebten büßen, vor Schmerz über das verlorene Lebens- und Liebesglück verblassen. Das ist einfach entsetzlich und durch nichts — besonders aus der proletarischen Weltanschauung heraus — zu begründen. Freilich, der bürgerlichen Lebensauffassung nach gehts schon leichter. Das Weib lebt zum Dulden, der Mann soll ihr Herr sein, sie tun, was er will.

Auch im „Tannhäuser" ist es ein Weib, Elisabeth, das in duldender Liebe die Befreiung und Erlösung des Helden herbeiführt. Die in den Worten Elisabeths „Für ihn (Tannhäuser) nur will ich flehen, mein Leben sei Gebet . . . Nimm hin, o nimm mein Leben, nicht nenn ich es mehr mein" ruhende asketische Liebe ist uns unverständlich. Wir lieben nicht, um uns aus übergroßer Liebe selbst zu kasteien, uns einfach irgend wem zum Opfer zu bringen, wir lieben vielmehr, weil wir in der Liebesvereinigung, dem Ineinanderaufgehen von Mann und Weib erst den ganzen, gewissermaßen „zweieinigen" Menschen erblicken. Wagner aber hält das Liebesopfer einer Frau für das Mittel zur Erlösung des Mannes, für sein Vehikel zur Fahrt ins Nirwana. Dafür müssen wir — und besonders die proletarischen Frauen — denn doch wirklich danken!

Mit seinem Musikdrama „Tristan und Isolde" — aus Schopenhauerschem Geiste geboren — macht Wagner sich einer Verballhornung des alten deutschen Tristan-Epos im Dienste seiner Erlösungsidee schuldig. Das ursprüngliche Tristanlied verherrlicht die himmelstürmende Gewalt und Leidenschaft der wahren erotischen — daher auch schon geistigen — Liebe. Wagner zeichnet die Seelenkämpfe Tristans und Isoldes, bis sie sich zu einer rein platonischen Liebe, bar allen „sündhaften" irdischen Verlangens, durchringen. Der Tod befreit sie schließlich von ihren Liebesqualen, nachdem sie im wollüstigen Schmerz der Entsagung Befriedigung gefunden. Wagner schildert in dieser Oper seine Beziehungen zu Mathilde Wesendonck. Sie ist voll peinigender Spannung und ihr Eindruck wahrlich kein befriedigender.

Im „Nibelungenring" führt wiederum die mitleidige Liebe der Brünhilde die befreiende Katastrophe des Weltunterganges herbei. — „Ueber den Trümmern des Unterganges erhebt sich siegreich die reine Liebe." (S. v. Hausegger.) — Man hat eine antikapitalistische Tendenz im Nibelungenring feststellen zu können geglaubt. „Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles", sagt Gretchen im „Faust" und deutet damit an, daß sein Besitz dem Eigner Glanz und Würde, die Symbole äußerer Macht, verleihe. Auch im Nibelungenring soll der Goldschatz seinem Besitzer äußere Macht übertragen, während die innere, wahre, befreiende Kraft und Macht die Liebe ist, die im Verlangen nach Gold verraten und verkauft wird. Das Gefühl der Macht, an die Eignung des Hortes gebunden, entfesselt mit der Furcht, sie mit dem Schatze zu verlieren, alle bösen Leidenschaften. Nur mit dem endlichen Verschwinden des Goldes können auch diese überwunden werden. Daher muß die Welt untergehen, weil mit ihr auch das Gold, also die Macht des einzelnen, beseitigt wird.

Der „Parsival", des Komponisten Schwanensang, ist einfach inkommensurabel. Wer es aber der Unverständlichkeit wegen — man denke: „Zum Raum wird hier die Zeit" — mit dem „Faust", 2. Teil, vergleicht, tut denn doch Goethen arges Unrecht.

Das einzige Werk, in dem Wagner uns nicht mit seinem aufdringlichen Erlösungswahn beglückt, ist die prächtige, hei-

tere Oper „Die Meistersinger von Nürnberg". Sie sprüht von Lust, Geist und Witz und gewährt dem Hörer ein Fülle reinsten, ungetrübtesten Genusses. Uns scheint, als ob nur sie allein Wagners Ruhm in fernsten Zeiten von den Brettern künden wird!

Kommen wir nunmehr auf das Verhältnis Wagners zur Bourgeoisie zurück, die ihn nun verhimmelt, während sie früher von dem „Umstürzler und Revolutionär" nichts wissen wollte. Der befeuernde Impuls eines Strebens nach hohen Zielen fehlt ihr. Dafür aber peinigt sie die Furcht vor der sozialen Revolution, hervorgerufen durch die von ihr kapitalistisch Ausgebeuteten. Sie sucht beständig nach Auswegen, einer Rettung vor ihr und ahnt, daß es die nicht gebe. Nun forscht sie nach einem Beruhigungsmittel für die angsterregten Nerven, nach einem narkotischen Gewissenschlafpulver. Wie ein Kranker sich zuletzt nur noch mit sich und seiner Krankheit beschäftigt, so beginnt sie sich selbst zu studieren, analysieren — und da kommt ihr Wagner mit seiner Askese, seinem Erlösungsdrang und Pessimismus, seinem Mannegoismus gegenüber dem Weibe zu Hilfe. Vor allem auch ist ihr sein erhabenes Mitleid — der Trost und die Tugend aller Schwachen — zupaß, das allein ihn antreibt, sich mit den Leiden der Um- und Mitwelt zu beschäftigen. Hat doch auch, um noch ein Beispiel anzuführen, Gerhart Hauptmann sich mit seinem bloßen Mitleidsgefühl die Sympathien der heutigen Bourgeoisie erobert!

Wir Proletarier, Sozialisten dagegen lehnen die gesamte Weltanschauung Richard Wagners aufs allerentschiedenste ab. Wir begnügen uns nicht damit, auf Erden durch Ueberwindung unserer berechtigten Wünsche, durch körperliche und geistige Askese, glücklich zu werden. Wir wollen vielmehr alle edlen Genüsse, die uns „diese Welt" bieten kann, auskosten, weil wir das verdienen mit harter Arbeit. Eine Erlösung durch irgendwen braucht das Proletariat nicht, es wird sich selbst vom Joche kapitilistischer Herrschaft befreien, aus eigener Macht und Kraft, aus eigenem Willen! —

Wagners Bedeutung beruht vor allem darauf, daß er Sprache und Musik der Oper in eins verschmolz. Er dichtete seine Texte selbst und brauchte daher seine Musik dem Worte nicht anzuempfinden, sondern empfand sie bei der Dichtung gleich mit. Nach Klangschönheit und Gefühlstiefe ist die Musik Wagners — vielleicht wegen seiner Einseitigkeit — von packender, seelisch tief ergreifender Gewalt. Seine Melodien erbrausen und klingen, lachen und weinen, jubeln und klagen mit elementarer Kraft und Fülle. Es scheint uns heute kaum glaublich, daß einstmals ein erbitterter Gegner Wagners, der angesehendste Musikkritiker seiner Zeit, Eduard Hanslick, ohne auf Widerspruch zu stoßen, behaupten durfte, Wagner sei unfähig, auch nur eine Melodie auszuhalten. — Mit dem Gebrauche des Leitmotives, das ein Erscheinen bestimmter Vorgänge anzeigt, hat Wagner das Verständnis seiner Opern sehr erleichtert. Seine Texte sind von meist edler Sprachschönheit und außergewöhnlich großer dramatischer Schlagkraft. Die Personencharakterisierung ist durchweg meisterhaft.

Glänzend hat Richard Wagner seine geschichtliche Mission, den Niedergang einer Gesellschaftsordnung künstlerisch zu versinnbildlichen, erfüllt. Darum, und weil er zugleich ein großer Musiker war, nicht unwürdig der Gesellschaft Mozarts und Beethovens, wird er für immer leben.

Aus Nah und Fern.

Bootsunglück. Drei junge Berliner im Alter von 20 bis 25 Jahren hatten gestern ein Ruderboot gemietet, um einen Ausflug nach Tegelort zu machen. Beim Wechseln der Plätze kenterte das Boot plötzlich, und alle Insassen stürzten ins Wasser. Zwei von ihnen konnten gerettet werden. Der dritte ertrank.

Erwischt. Der Berliner Rechtsanwalt Paul Bredereck, der im August 1912 nach Unterschlagungen flüchtete und steckbrieflich verfolgt wurde, ist in einer Stadt Südamerikas verhaftet worden.

Schweres Unglück. Der in Dresden-Niederlößnitz im Ruhestand lebende 79jährige preußische Baurat Kappelhoff, früher in Berlin wohnhaft, wurde auf einem Spaziergang von einem Radfahrer so unglücklich angefahren, daß er an den erhaltenen Kopfverletzungen, ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen, starb.

Vom Auto überfahren. Bei Hainstadt, Hessen, wurde der Arbeiter Boehn, der sich im Radfahren übte, von einem mit Offizieren besetzten Automobil totgefahren.

Vom Luxus der Gottesdiener. Den heutigen Dienern des Christentums geht es nicht mehr so schlecht, als dem Stifter dieser Religion, der, wie die Bibel erzählt, so arm war, daß er oft nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte. Ein Oberpfälzer Zentrumsblatt, die „Amberger Volkszeitung", berichtet aus dem Städtchen Tirschenreuth, daß der dortigen Stadtpfarrkirche ein „aus reichstem Goldbrokate" gefertigter Ornat gestiftet wurde. Der Ornat besteht, so schreibt das fromme Blatt, das den armen Oberpfälzer Arbeitern mit Vorliebe Bescheidenheit und Geduld predigt, aus: „Meßgewand, Levitenkleidern, Rauchmantel, Schultervelum und Meßpultdeckchen im Werte von 2165 Mk". Das Blatt erzählt weiter: „Das Muster wurde zu Lyon in Frankreich gewebt und dann von den ehrwürdigen Klosterfrauen in Waldsassen, deren kunstvolle Handarbeiten weltberühmt sind, fertiggestellt. Am Pfingstfest kam der Ornat zum erstenmal beim Hochamte zur Verwendung." Das Oberpfälzer Städtchen Tirschenreuth, eine Zentrumsdomäne, hat eine vorherrschend recht arme Bevölkerung. Der größte Teil der dortigen Arbeiterschaft lebt, da die frommen Unternehmer sehr schlechte Löhne zahlen, in bitterster Not. Das hindert den Herrn Stadtpfarrer aber nicht, sein frommes Amt in einem Kleid auszuüben, das 2165 Mk. kostete, also viel mehr als zwei Tirschenreuther Arbeiterfamilien das ganze Jahr über verdienen. Mit den Grundsätzen des Christentums läßt sich dieser Priesterluxus eigentlich nicht in Einklang bringen, denn in der Bibel heißt es, daß der, der übrigen Reichtum und Schmuck besitzt, diesen veräußern und den Erlös den Armen geben soll.

Achtzig Personen durch die Decke gestürzt. Ein in seinen Zusammenhängen seltsam tragisch anmutendes Unglück hat sich in Castiglione bei Florenz ereignet. Die 55jährige Witwe des erst vor kurzem verstorbenen Landmannes Valmira Mensi sollte auf ihren eigenen Wunsch die letzte Ölung empfangen. Wie es in der Gegend Sitte ist, pflegen der Zeremonie viele Personen beizuwohnen. Als diese Menge still betend in dem Sterbezimmer neben dem Priester versammelt war, wurde die Stille plötzlich durch ein verdächtiges Geräusch gestört, und unter furchtbarem Getöse brach der gesamte Fußboden des Bauernhauses durch. Fast alle in dem Sterbezimmer der Kranken befindlichen Personen, über 80 Menschen, mit der Sterbenden und dem die Zeremonie vollziehenden Priester, stürzten in den darunterliegenden Raum. Bei den die ganze Nacht dauernden Rettungsarbeiten wurden außer der Kranken, die nur noch als Leiche in ihrem mitherabgestürzten Bett geborgen werden konnte, der Priester und über zwanzig Personen schwer verletzt aus dem Schutt herausgezogen.

Arbeiter-Turnerbund Deutschlands. Der deutsche Arbeiter-Turnerbund hält in den Tagen vom 25.—29. Mai d. J. in Mannheim seinen 11. Bundesturntag ab. Nach dem uns vorliegenden Material wird sich diese Tagung mit recht wichtigen Angelegenheiten beschäftigen, die nicht nur die Turner, sondern die gesamte Arbeiterschaft interessieren. Es ist bekannt, daß der Arbeiter-Turnerbund bestrebt ist, alle der Gesundheit dienenden sportlichen Übungen in seiner Organisation aufzunehmen, gleichen Bestrebungen dienende Teilorganisationen an sich zu gliedern und so eine große zentralisierte Arbeitersportorganisation zu schaffen. Diesen Bestrebungen sind in der Tagesordnung des Bundestages allein drei Punkte gewidmet und zwar: 1. Die turnerischen Aufgaben des Bundes, 2. Spiel und Sport, und 3. Arbeitersport und Presse. Ein Geschäftsbericht von über 200 Seiten gibt uns schon jetzt Aufschluß über die Tätigkeit der Bundesverwaltung und den Stand des Bundes und wir wollen offen bekennen, daß der Arbeiter-Turnerbund mit seinen 185 000 Mitgliedern in beinahe 2500 Vereinen sich in der Zeit seines 20jährigen Bestehens eine Position geschaffen hat, die von Fleiß und Ausdauer aber auch von harten Kämpfen Zeugnis ablegt. Wenn da berichtet wird, daß in beinahe 300 Rechtssachen die Bundesverwaltung die Vereine gegen behördliche Maßnahmen und skrupelloser Bekämpfung zu verteidigen hatte, so erkennen wir daraus, welche Bedeutung die gesellschaftlichen Organisationen der Arbeiter schon gewonnen haben. Der Bundesvorstand berichtet, daß das letzte Berichtsjahr einzig in den Annalen des Bundes als Kampfjahr stehen wird, denn schlimmer als unter dem Sozialistengesetz die Arbeiter, würden jetzt die Arbeiter-Turnvereine verfolgt. Ein solcher Kampf muß den Turnern unbedingt die Sympathien der gesamten Arbeiterschaft einbringen, zumal diese Verfolgungen nur darauf zurückzuführen sind, weil sich die Arbeiter-Turnvereine die körperliche Erziehung der Arbeiterkinder angelegen sein lassen. Deshalb ist nach unserer Auffassung der Vorwurf auch berechtigt, der gegen diejenigen Arbeiter erhoben wird, die immer noch Mitglied der bürgerlichen Turnvereine sind und damit den Jungdeutschlandbund, diese preußische Zwangserziehungsanstalt für Indianer- und Schundliteraturromantik, unterstützen. Ein Referat von Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Berlin, soll die ganze Rechtsfrage der preußischen Ausnahmegesetzmacherei beleuchten und die anwesenden Vertreter der Arbeiter-Turnvereine über das Wesen der Deutschen Rechtsgarantien informieren. Der Bundesvorstand berichtet aber auch über den in recht kurzer Zeit und erfreulicherweise recht glücklichen Verlauf des Baues eines eigenen Heimes. Ein eigenes Geschäftshaus mit 4 davor gelagerten Wohnhäusern nennt der Bund jetzt sein eigen, aus eigener Kraft geschaffen und vollendet. Solche Berichte hört man gern, zumal man weiß, daß es heute bei den ungünstigen Kapitalverhältnissen kein leichtes ist, ein so großes Projekt durchzuführen. Man kann die Bundesverwaltung zu ihrem Erfolg nur beglückwünschen und auch die Hoffnung aussprechen, daß dieses genossenschaftliche Unternehmen bleibenden Stand haben wird. Als Hilfsmittel für dieses Unternehmen hatte der Arbeiter-Turnerbund eine sogenannte Sparkasse für seine Bundesvereine eingerichtet, die nach den Berichten auch gute Erfolge erzielt hat. In gewissem Sinne ein Fingerzeig, wie nutzbringend kleine Kapitalien, im größeren Verband zusammengefaßt, wirken können. Wir können den Verhandlungen des Turntages des Arbeiter-Turnerbundes nur guten Erfolg wünschen, schon deswegen, weil er in gewisser Beziehung der Senior der gesellschaftlichen Organisationen der Arbeiter ist.

Unfälle in Paris. Auf der Avenue Felix Faure stürzte ein Neubau ein und begrub unter seinen Trümmern sieben Arbeiter. Vier Arbeiter konnten bisher schwer verletzt geborgen werden. — Gestern nachmittag stürzte bei einer auf dem Seinekai veranstalteten kinematographischen Aufnahme ein Chauffeur mit seiner Kraftdroschke in die Seine und ertrank.

Gattenmord und Selbstmord eines Albanierführers. Wie aus Wien gemeldet wird, hat auf dem Semmering am Dienstag abend der Albanierführer Delvina seine junge Frau und dann sich selbst erschossen. Die 23 Jahre alte Frau Delvinas war vor drei Wochen in Begleitung ihrer jüngeren, unverheirateten Schwester in Semmering angekommen, und Dienstag abend traf, wie angekündigt, Delvina, der solange in Wien geweilt hatte, im Semmering ein. Im Beisein der Schwägerin geriet er mit seiner jungen Frau in einen heftigen Wortwechsel aus ziemlich geringfügiger Ursache, in dessen Verlauf er plötzlich einen Revolver zog und einen Schuß auf seine Frau abfeuerte, der sie ins Herz traf und sofort tötete. Dann richtete D. die Waffe gegen sich und tötete sich ebenfalls mit einem Schuß in den Kopf.

Ermittelt. Es ist gelungen, die Identität des neuesten Pariser Automobilräubers festzustellen. Es ist ein Belgier namens Duvignion. Gardenne, der Direktor der Automobilfabrik, hatte mit vier oder fünf Kugeln im Leibe noch die Kraft, eine letztwillige Verfügung in sein Notizbuch einzutragen.

Ein polnisches Dorf niedergebrannt. In dem Dorf Grubeschowo bei Warschau ist ein Großfeuer ausgebrochen. Es brannten vierhundert Häuser nieder. Der Schaden wird auf etwa zwei Millionen Mark geschätzt.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 21. Mai 1913.

	gering Mk.	mittel Mk.	gut Mk.
Weizen		17,50—19,00	
Roggen	14,00—15,00	15,20—16,00	16,00—16,50
Gerste, nach Qualität	15,00—15,50	15.60—16,00	
Hafer, nach Qualität	13,50—14,50	15,00—16,70	

hochfein über Notiz, per 100 kg.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 21. Mai.

1. Klasse 653 Drittel zu 110,30 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 75 „ „ 104,14 Mk. „ „

Briefkasten.

Herrn Pastor D. Derartige Mitteilungen finden bei uns nur im Inseratenteile Aufnahme.

K. F., Stockelsdorf. Die Sache müssen wir erst einmal mündlich besprechen. Komme bitte in der Redaktion vor.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verkauf
lebender Butt
am Freitag,
dem 23. Mai 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Holstenbrücke,
Drehbrücke,
Entiner Brücke,
Struckfähre,
Hüxtertorbrücke
und
Mühlentorbrücke.

Donnerstag morgen 4 Uhr entschlief nach kurzem Leiden unsere unvergeßliche Mutter
Liesbeth
Tief betrauert von ihren Eltern und Geschwistern (4015
Fritz Hildebrand und Frau.

1 Haushälterin
zum 1. Juni gesucht. Angebote unter G 1 an die Expedition dieses Blatts. (3996

Allen denen, die meiner geliebten Frau, meines Kindes treuen Mutter das letzte Geleit gaben und den Sarg so reich mit Kränzen schmückten und Herrn Pastor Tegtmeier für die trostreichen Worte sage meinen tiefgefühlten Dank.
Heinrich Wiggers
nebst Tochter. (3998

Besuchszeit im Allgemeinen Krankenhause

Die Besuchszeit am Dienstag und Donnerstag für die im Allgemeinen Krankenhause verpflegten Kranken wird vom 1. Juni d. J. ab auf 3—4 Uhr nachmittags festgelegt.

Sonntags bleibt die Besuchszeit wie bisher von 2—3 Uhr nachmittags bestehen.

Die behandelnden Aerzte werden Dienstags und Donnerstags von 3—4 Uhr nachmittags auf Anfragen der Angehörigen über das Befinden der Kranken persönlich Auskunft geben. (3997

Die Privatpatienten können täglich besucht werden. Doch wird das Publikum im Interesse des ärztlichen Dienstes, sowie vor allen der Kranken selbst dringend gebeten, die Besuche in der Regel auf die Nachmittagsstunden von 3—5 Uhr zu beschränken.

Lübeck, den 20. Mai 1913.

Die Direktion des Allgemeinen Krankenhauses.

Plättlehrling
gesucht. (4003
Schwartau, Rantzau-Allee 17, I.

Eine kleine Wohnung
zu vermieten.
4013) Schlumacherstraße 5/11.

Offeriere ab morgen:
Einen großen Posten
Flomen
das Pfund nur 70 Pfg.
Ferner:
Rinderfilet
das Pfund nur 1.50 Mk.
Ferner:
Ia. dicke ausgeschälte Rippen
je nach Qualität
das Pfund 40—60 Pfg.
Auf sämtliche Fleisch- und Wurstwaren
4 % Rabatt. 4007
Verkauf in meinen Detail-Geschäften.
Thüring. Wurst- u. Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

Eine kleine Wohnung zum 1. Juli an alleinstehende Frau oder älteres Ehepaar zu vermieten (3996
Näheres Reiferstraße 2 b.

Zu sofort oder zum 1. Juli eine
2. Etage
zu verm. (4004) Untertrave 68.

Haus mit 3—4 abgeschl. 3-Zimmer-Wohn. u. kl. Hintergarten, wo Käufer mögl. frei wohnt, zu kauf ges. Ang. m. Preis u. Anz. u. E W a. d. Exp.

Gaugbude mit Hofplatz in der Fischergrube billig zu verk.
3854) Pferdemarkt 17, I.

Habe noch einen jungen Hund von meiner Zucht billig abzugeben. Die Mutter hiervon ist meine hübsche deutsche Schäferhündin.
4002) Aug. Krohn, Schwartau.
Villa Krohnsburg b. Wasserturm.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
8) Preise. U. a.:
Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . 1.88—5.25
Überziehhosen . . 1.08—2.35
Zwirn-Hosen . . 1.68—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Nur Lübecker.